magazin zeitschrift für direkte demokratie

Corona und die Demokratie S. 4

Deutschlands Rolle in der Welt S. 14

Die Grünen verabschieden sich von Volksabstimmungen S. 20







Inhalt

Corona

- 4 Corona und die Demokratie
- 6 Der Corona-Beirat der Stadt Augsburg

Bürgerräte

- 8 Über die Rolle kommunaler Bürgerräte
- Nah bei den Menschen 10

Fundraising

13 Demokratie-Stiftung

Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt

- 14 Bürgerrat: Deutschlands Rolle in der Welt
- 16 Was hat das mit mir zu tun?

Consul - digitale Beteiligung

Consul - Von der großen Unbekannten zum Motor für digitale Bürgerbeteiligung?

Bundesweite Volksentscheide

- 20 Viel Meinung, wenig Erfahrung
- 22 ABSTIMMUNG21: Deutschland soll über die Klimawende abstimmen

Schweiz

5 Erkenntnisse aus der Schweiz 26

Rezension

28 Radikale Demokratietheorie

Ländertelegramm

30 Neues aus den Landesverbänden

MD Intern

- 32 FAQ - Förder*innen, Mitarbeiter:innen, Bürgerinnen und Bürger: Warum "gendern" wir bei Mehr Demokratie?
- 33 Online-Bundesmitgliederversammlung? Challenge accepted!
- 36 Mitteilungen der Abstimmungsleitung
- 37 Ankündigung der Bundesmitgliederversammlung

Liebe Leserinnen und Leser,

"Da steh' ich nun, ich armer Tor, Und bin so klug als wie zuvor!"

Das lässt Goethe seinen Faust sagen. In diesem Jahr werden Weichen gestellt, am 26. September ist Bundestagswahl. Alle vier Jahre richtet Mehr Demokratie seine Kräfte auf dieses Datum aus. Das hat seine strategische Logik: Wollen wir den bundesweiten Volksentscheid durchsetzen, braucht es eine Grundgesetzänderung. Dafür muss jemand einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen. Kommt der Entwurf von der Opposition, hat er keine Chance, weil die regierungstragenden Fraktionen kaum etwas aufgreifen, was vom politischen Gegner kommt. Also muss der Aufschlag von der Regierungsseite kommen. Die aber unternimmt nur das, was vorher im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Weniger immer, mehr eher nicht. Ergo: Die direkte Demokratie muss in den Koalitionsvertrag, sonst kommt sie nie und nimmer. Bis zum Herbst sah es dafür gar nicht schlecht aus. Aber dann hatten die Grünen ihren Parteitag – und haben die direkte Demokratie aus dem Grundsatzprogramm geschmissen. Was aber nicht im Grundsatzprogramm steht, kommt nicht ins Wahlprogramm, und was sich dort nicht findet, gelangt nicht auf den Tisch der Koalitionsverhandlungen. Die Grünen sind also erst einmal von Bord. Und die SPD? Die war schon bei der Wahl 2017 mehr zögerlich als entschlossen. Bleibt noch die CSU. Wir werden sehen.

Was tun, was haben wir nun vor?

Da stehen wir und sind so klug als wie zuvor.

Ein ausführlicher Beitrag in diesem Heft befasst sich mit dem Grünen Dilemma – und sucht einen Ausweg. Führt der über die Bürgerräte? Das wird sich zeigen. Jedenfalls machen die Schule – in Kommunen, Ländern und auf Bundesebene. Das Heft gibt einen Überblick und Einblicke ins Innenleben. Das alles kann zu einem Ausblick werden auf eine gestärkte Bürgerbeteiligung – und die Notwendigkeit einer gut ausgebauten direkten Demokratie auf allen politischen Ebenen, sonst wird auch dieser Weg eher Holz- und weniger Ausweg. Das zu betonen, tritt die Aktion ABSTIMMUNG21 an. Auch die kommt in diesem Heft vor. Eine Aktion zum Mitmachen. Denn, meinte Goethe, nicht im Faust, aber in einem Brief an den weimarischen Hofrat Rochlitz:

"Es gibt Epochen, wo es räthlich, ja unvermeidlich ist, das Eisen gemeinschaftlich zu schmieden."

Eine ergiebige Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Ralf-Uwe Beck

Bundes vorstands sprecher

Rail. Lue Decl



Ralf-Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie



Corona und die Demokratie

Die Corona-Gesetzgebung im Eilverfahren und ihre Alternativen – eine Einschätzung von Stefan Padberg



nnerhalb von nur 14 Tagen haben die Koalitionsfraktionen das "Dritte Bevölkerungsschutzgesetz" durchs Parlament geprügelt. Vor allem der Teil, in dem die Grundrechtseinschränkungen geregelt werden, ist geprägt von Oberflächlichkeit und Unklarheit, gute Vorschläge aus der Opposition wurden dort nicht aufgegriffen. Eine echte Beteiligung des Parlaments sieht anders aus! Man sollte annehmen, dass bei diesem sensiblen Thema eine besondere Sorgfalt bei der Formulierung des Gesetzestextes, genügend Zeit bei der Debatte im Parlament und bei der Begutachtung in den Ausschüssen selbstverständlich sein sollte. Die Koalitionsfraktionen sahen dies offenbar nicht so.

Der vorgelegte Entwurf sei handwerklich schlecht gemacht und verfassungsrechtlich nicht haltbar, so die Meinung der großen Mehrheit der Verfassungsrechtler:innen in der einzigen Anhörung, bei der auch ich für Mehr Demokratie teilgenommen habe. Die Koalitionsfraktionen änderten ihren Gesetzentwurf dann durch 13 Änderungsanträge ab, für deren Sichtung den Oppositionsfraktionen und den Parlamentsausschüssen im Endeffekt sage und schreibe anderthalb Tage Zeit gewährt wurde. Dann wurde das gesamte Paket in einer Mega-Abstimmung (2. und 3. Lesung im Bundestag, Verabschiedung im Bundesrat und Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten) am 18.11. durchgezogen. Der nachdrücklichen Bitte aller Oppositionsfraktionen um mehr Zeit wurde nicht stattgegeben.

Sicherlich: Bestimmte Teile dieses Gesetzes werden dringend benötigt. Mit ihm werden u.a. das Krankenhausfinanzierungsgesetz, das Sozialgesetzbuch V und die Medikamentenzulassungsordnung geändert. Aber die grundrechtseinschränkenden Änderungen hätte man davon abtrennen und mit mehr Ruhe diskutieren müssen.

Ärgerlich ist, dass in diesem Schnellverfahren viele gute Vorschläge der Opposition keine Würdigung fanden. Die Grünen hatten zum Beispiel die Einrichtung eines interdisziplinär besetzten Pandemierates gefordert, die FDP einen

ebensolchen Expertenrat. Auch Mehr Demokratie fordert die "Vergrößerung der Beratungsbreite". Die Qualität und die Akzeptanz der Maßnahmen könnte sicherlich erhöht werden, wenn neben Epidemiologen auch die verschiedenen Gesellschaftswissenschaften hinzugezogen würden. Ein solches Beratungsgremium, welches die Coronakrise aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchten könnte, würde die notwendige Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit auf eine bessere Basis stellen.

Die LINKE hatte eine regelmäßige Berichtspflicht der Regierung eingefordert, damit das Parlament die Möglichkeit hat, die Maßnahmen regelmäßig zu



evaluieren. Auch Mehr Demokratie fordert dringend eine größere **Transparenz** bei der Überprüfung der Maßnahmen.

Positiv lässt sich sagen, dass die Ausrufung einer "epidemischen Lage nationaler Tragweite" durch den Bundestag an zwei Kriterien gekoppelt wurde: die Ausrufung einer Pandemie durch die WHO oder die Bedrohung des Gesundheitssystems. Dies ist eine deutliche Beschränkung, mit der der Gesetzgeber einer grundlegenden Kritik der Verfasssungsrechtler:innen entsprochen hat. Außerdem ist der Maßnahmenkatalog im neu hinzugefügten §28a etwas differenziert worden. So sind Beschränkungen des Versammlungsrechts, Ausgangsbeschränkungen und Besuchsverbote in Altenheimen nur erlaubt, wenn andere Maßnahmen nicht ausreichen. Hier ist also eine erste Hierarchisierung der Maβnahmen, ihrem Schweregrad entsprechend, eingeführt worden.

Ob diese Änderungen ausreichen werden das Verhältnismäßigkeitsgebot zu gewährleisten, erscheint nach wie vor zweifelhaft. Die Tatsache, dass hier die Grundrechte von gesunden Menschen eingeschränkt werden, ist erkennbar nicht gewürdigt. Eine deutlichere Benennung der Bedingungen, unter denen eine Maßnahme erlassen werden darf, sowie denkbare Ausnahmen und Entschädigungen hätten nach meinem Rechtsgefühl im Gesetz benannt werden müssen.

Der §28a gibt ab sofort den Rahmen vor, den die entsprechenden Gesetze und Verordnungen auf Länderebene nicht überschreiten dürfen. Dass vielen dieser Rahmen noch zu grobmaschig ist, ändert aber nichts daran, dass er eine beschränkende Wirkung auf die Politik hat. Es ist kein "Ermächtigungsgesetz", mit dem die Exekutive machen kann, was sie will. Diese in bestimmten Teilen der Öffentlichkeit überbordenden Vergleiche mit der Nazizeit helfen nicht weiter und vergiften die Debattenkultur.

Mehr Demokratie schlägt für echte Dialogkultur und als zusätzlichen Resonanzraum für die Politik einen Krisenbeirat aus gelosten Bürger:innen vor. In Baden-Württemberg wurde bereits ein Bürgerforum Corona eingeführt und in Augsburg ist ein Bürgerbeirat auf kommunaler Ebene installiert worden (siehe Interview). Bürger:innen aus allen gesellschaftlichen Bereichen können sich so beteiligen. Alltagswissen und Realitätskompetenz der Bürger:innen können bei der Pandemiebekämpfung integriert werden und das Krisenmanagement damit pragmatischer und realistischer werden. Schon jetzt ist ja eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung nicht möglich, wenn die Bürger:innen nicht mitdenken und nicht mittragen. Bitte unterstützen Sie unseren Aufruf für mehr Demokratie in der Krise! /



Stefan PadbergDigitalbeauftragter
Mehr Demokratie.

Der Corona-Beirat der Stadt Augsburg

Ein Interview der Zeitschrift Kommunal mit Ralf-Uwe Beck

"Die Spaltung, die sich in der Gesellschaft andeutet, ist auch ein Ausdruck dafür, dass man keinen koordinierten Diskurs hat, der ergebnisoffen geführt wird." KOMMUNAL: Herr Beck, die Stadt Augsburg hat sich dazu entschieden, einen Bürgerbeirat Corona zu gründen. Was halten Sie davon?

Ralf Uwe Beck: Wir begrüßen das ausdrücklich. Das Beispiel Augsburg zeigt, dass es in der Corona-Pandemie mit ihren weitreichenden Folgen für die Bürgerinnen und Bürger auch jetzt noch nicht zu spät ist, solche Formate zu entwickeln und auszuprobieren.

Und wie bewerten Sie das von der Stadt gewählte Konstrukt?

Beck: Die Zusammensetzung des Gremiums scheint sehr gut überlegt zu sein. Der Beirat ist mit Mandatsträgern sowie Experten aus der Stadtverwaltung und auf der anderen Seite mit Bürgerinnen und Bürgern besetzt. Auch das Besetzungsverfahren ist klug gewählt: Über das Losverfahren kann im Beirat tatsächlich ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung abgebildet werden.

Was sind die Kriterien?

Beck: Bewerben können sich den Ausschreibungskriterien zufolge Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Augsburg, die mindestens 14 Jahre alt sind. Die Bewerbungen kommen in einen Pool, ausgelost wird nach festgelegten Kriterien, so dass das Geschlechterverhältnis stimmt, sämtliche Bildungsgrade und Altersgruppen im Beirat vertreten sind. Und durch das Rotationsverfahren haben immer wieder andere Augsburger die Möglichkeit, mitzureden. Denn alle drei Monate wird der Beirat neu zusammengesetzt.

Sollten mehr Kommunen diesem Beispiel folgen?

Beck: Dieser Bürgerbeirat Corona könnte zum Modell für andere Kommunen werden. Bürgerbeteiligung sollte gerade in einer solchen Krisensituation zur Höchstform auflaufen. Leider müssen Politik und Verwaltung noch viel zu oft daran erinnert werden, die Bürger zu beteiligen. Wir erleben eine aufgeladene Situation. Und da sollte gelten: Was die Politik an Regelungen schafft, was die Gesundheitsämter vorgeben und die Verwaltung kompetent umsetzt, muss zusammengebracht werden mit der Kompetenz der Betroffenen. Das sind die Bürgerinnen und Bürger.

Wenn man sich die Anti-Corona-Demonstrationen anschaut, kann man an der Allgemeinkompetenz der Bürger aber massiv zweifeln.

Beck: Die Spaltung, die sich in der Gesellschaft andeutet, ist auch ein Ausdruck dafür, dass man keinen koordinierten Diskurs hat, der ergebnisoffen geführt wird. Wo gibt es schon eine solche Einladung und ein solch klug ausgedachtes Format wie in Augsburg? Die Gesellschaft zerlegt sich in Befürworter und Gegner. Ich finde es richtig und wichtig, dass die Stadt eine Schwelle beim Bewerbungsverfahren für den Bürgerbeirat eingebaut hat: Jeder, der sich bewirbt, muss eine Idee für eine Schutzmaßnahme gegen Corona mitbringen. Damit wird deutlich, dass konstruktive Vorschläge gefragt sind.

Ist das Modell eines Bürgerbeirats auch für kleine Kommunen geeignet?

Beck: In einer Dorfsituation macht ein solches Losverfahren wenig Sinn. Wer als Bürgermeister oder als Gemeinderat nicht im Gespräch ist, hat kein langes politisches Leben. Man könnte in der Corona-Krise aber zusätzlich ein Forum schaffen, in dem ein Querschnitt der Betroffenen mitreden kann. Also Vertreter von Verbänden und Vereinen, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Statistikern, Gastronomen, Händlern und Handwerkern, aber auch Eltern und Schüler. Damit habe ich widerstreitende Interessen am Tisch – das in einem groβen Raum, warum nicht in der Kirche, eben dort, wo Abstandsregeln eingehalten werden können. Oder ich mache eine Videokonferenz und lade dazu alle Menschen ein, die in der Gemeinde

wohnen. Beteiligungsformate sind nicht in Stein gemeißelt und müssen zur Situation passen.

Wie steht es denn aus Ihrer Sicht um die Bürgerbeteiligung in kleinen Kommunen?

Beck: In kleinen Gemeinden unter 5000 Einwohnern – und das sind 70 Prozent aller Kommunen in Deutschland – stellt sich Bürgerbeteiligung deutlich anders dar als in großen Städten. Das ist auch ablesbar daran, dass es dort weniger Bürgerbegehren gibt.

Was erwarten Sie von den Kommunen, dem Bund und den Ländern?

Beck: Die Zuständigkeit der Gesundheitsämter wird zunehmend respektiert und es werden Entscheidungen auf kommunaler Ebene getroffen, angepasst an die Situation vor Ort. Gut so. Den Rahmen aber setzen nach wie vor die Länder und der Bund. Auf Länderebene gibt es aber nur vereinzelt Bürgerbeiräte, auf Bundesebene fehlt dieses Instrument völlig. Unser Verein Mehr Demokratie hat den Vorschlag gemacht, einen Bürgerbeirat direkt beim Kanzleramt zu installieren. Mit 69 Sitzen, wie im Bundesrat, die entsprechend der Einwohnerzahl der Länder verteilt sind.

Was könnten die Kommunen tun?

Beck: Es wäre begrüßenswert, wenn die Kommunen sich untereinander stärker über die Bürgerbeteiligung austauschen, welche Formate sich in der Corona-Krise und überhaupt bewährt haben. Gegenüber Land und Bund könnten sie ihr Gewicht stärker in die Waagschale werfen. Der Druck müsste von den Kommunen kommen, denn die müssen auch den Druck von unten aushalten. /

Das Interview ist in KOMMUNAL 11/2020 (Zeitschrift in Kooperation mit dem Gemeinde- und Städtebund) erschienen. Das Interview führte Gudrun Mallwitz. www.kommunal.de "Dieser Bürgerbeirat Corona könnte zum Modell für andere Kommunen werden. Bürgerbeteiligung sollte gerade in einer solchen Krisensituation zur Höchstform auflaufen."





WELCHE HOFFNUNG VERBINDET SICH MIT BÜRGERRÄTEN?

Losbasierte Bürgerräte ermöglichen eine kollektive Meinungsbildung. Werte und Einstellungen, die sich in Wahlen und Meinungsumfragen niederschlagen, spiegeln immer nur die Gedanken eines einzelnen Menschen bzw. einer Blase. Bürgerräte führen in einem gemeinsamen kreativen Prozess dazu, dass die Teilnehmenden ihre eigene Haltung überprüfen und möglicherweise ändern. Das Besondere: An diesem Prozess nehmen nicht nur Leute teil, die ohnehin politisch motiviert sind, sondern ein Querschnitt der Bevölkerung. Die Begegnung und direkte Auseinandersetzung mit dem und den anderen schafft eine neue Qualität der politischen Ergebnisse.

eloste Bürgerräte boomen: Irland, Frankreich, Großbritannien ... immer mehr Menschen haben von den nationalen Bürgerräten gehört und setzen große Hoffnungen in dieses neue Demokratie-Instrument. Auch der dauerhafte Bürgerrat in Ostbelgien wird bekannter. In vielen – bisher zumeist westlichen Ländern – Ländern, gibt es eine zunehmende Sympathie für die Idee in der Bevölkerung, bei den Medien und in der Politik.

Die Bürgerräte in Denzling oder in Kirchanschöring sind weniger bekannt, aber umso wichtiger. Denn vor Ort erfahren die Menschen direkt, wie das neue politische Instrument wirkt. Mittlerweile gibt es 11 kommunale Bürgerräte und über 20 Bürgerratsinitiativen in Deutschland. Tendenz steigend. Sie kümmern sich beispielsweise um Wohnungspolitik, Kultur, Stadtfeste, Klima und Leitbildentwicklung. Je nach Bedarf vor Ort und meistens von unten, also von den Bürger:innen initiiert.

Bürgerräte lassen sich im Grunde an jedem Ort umsetzen. Voraussetzung ist nur das Interesse der Bürger:innen, eine gute Moderation und die Bereitschaft der Stadt, ihre Melderegister zur Verfügung zu stellen. Viele Menschen können so in die Lage versetzt werden, selbst die Magie des "Zuhörens und Gehörtwerdens" zu erleben. So können lokal angepasste Lösungen gemeinsam entwickelt werden. Und es kann eine Kultur für mehr Dialog und Beteiligung im ganzen Land entstehen.

In den Städten und Gemeinden ist auch die Verknüpfung mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden leichter möglich, die bisher bundesweit noch Zukunftsmusik ist. Und noch eine Besonderheit haben kommunale Bürgerräte: Sie sind noch näher an den Menschen und können sie einbeziehen (siehe Interview Linus Strothmann). In übersichtlichen Orten ist es einfacher, gezielt ausgeloste Menschen aufzusuchen und zur Beteiligung einzuladen als bei einem nationalen Bürgerrat. Zudem spricht es sich in kleinen Orten eher herum, dass gerade etwas neues ausprobiert wird. Kommunale Bürgerräte wirken also direkt gemeinschaftsbildend für die jeweilige Gemeinde und können auch mit wenigen Beteiligten eine große Wirkung entfalten. /



LOSBASIERTE BÜRGERRÄTE ALS BRÜCKE ZWISCHEN POLITIK UND BEVÖLKERUNG

Bürgerräte ...

- bringen ein ganzes Land, eine ganze Region oder eine ganze Gemeinde an einen Tisch
- fungieren als Peilsender für die Stimmung bei einem Querschnitt der Bevölkerung
- bieten Orientierungshilfe für politische Entscheidungen
- machen den Bürger:innen die Arbeitsweise und Dilemmata der Abgeordneten deutlich
- geben nach umfassender Information und intensiver Diskussion Empfehlungen
- ergänzen Expert:innen-Meinungen und Meinungsumfragen
- sind repräsentativer als alle bisher genutzten Demokratie-Instrumente
- sind wenig anfällig für Lobbyismus und Cliquen-Bildung
- ermöglichen durch gute Moderation, dass alle Stimmen gehört werden
- liefern abgestimmte und transparent nachvollziehbare Ergebnisse
- setzen auf gemeinsam Lösungen statt auf Gewinner vs. Verlierer



Dieter Halbach Redakteur des mdmagazins bei Mehr Demokratie.



Anne Dänner Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.



Dieter Halbach: Du hast seit einigen Jahren die Idee geloster Bürgerräte auf kommunaler Ebene umgesetzt. Was können wir von deinen Erfahrungen lernen?

Linus Strothmann: Als ich 2016 in Falkensee für die Bürgerbeteiligung eingestellt wurde, habe ich dort gleich das erste Verfahren mit einer Zufallsauswahl gemacht. Bis dahin wurden die Veranstaltungen mit Bürgerbeteiligung vorwiegend von Zugezogenen aus Berlin besucht und die Alteingesessenen haben sich eher weniger beteiligt. Dem Bürgermeister war es aber wichtig, dass ein wirklicher Querschnitt der Bevölkerung einbezogen wird. Das geloste Verfahren hat dann tatsächlich das Vertrauen in der Verwaltung gegenüber der Bürgerbeteiligung gestärkt.

Wer hat dich dann nach Werder berufen?

In der dortigen Kommunalwahl hatte das Thema Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle gespielt. Seit 2018 ist in der Kommunalverfassung Brandenburgs auch festgehalten, dass Kinder und Jugendliche bei allen sie berührenden Themen einbezogen werden müssen. In Werder soll das durch eine Stelle als Einwohnerbeauftragter von der Stadt abgesichert werden. Es gab außerdem den Wunsch nach einer Neukonzeptionierung für das für Werder sehr bedeutende Baumblütenfest. So gab es schon nach 2 Monaten den Auftrag der Stadtverordneten ein großes Beteiligungsverfahren zu beginnen.

Es gab ja auch Konflikte innerhalb der Bevölkerung!

Ja, das Baumblütenfest war ein echtes Streitthema! Und gerade da ist für mich Beteiligung am sinnvollsten, wo es um die großen und kontroversen Themen der Stadt geht. Wenn man gut gestaltete Beteiligung macht, kann man gerade da zu besseren Ergebnissen kommen.

Was sind denn die wesentlichen Zutaten für das Gelingen?

Das ist ein bisschen so, wie einen Schrank zu bauen. Ich brauche verschiedene Werkzeuge zu verschiedenen Zeitpunkten. Schlechte Verfahren sind oft so, wie zu versuchen einen Nagel mit einer Säge rein zu schlagen, weil ich nur diese eine Methode gelernt habe. In einer guten Beteiligung wird ein Gesamtprozess geplant, der dann allerdings schrittweise umgesetzt wird. Dabei muss ich das Verfahren dann gegebenenfalls auch immer wieder anpassen, denn neben meinem geplanten Verfahren laufen im Prozess ja auch noch eine Menge Dinge ab, auf die ich nicht immer direkten Einfluss habe.

Wie lief dann die konkrete Beteiligung?

Der erste Schritt war in diesem Fall die Einwohner zu informieren. Der zweite Schritt war eine digitale und analoge Umfrage dazu, wie die Gesamtbevölkerung dieses Fest sieht. Wir haben dann die Ergebnisse präsentiert und eine Tendenz festgestellt, nämlich Wunsch nach einem dezentraleren Fest. Auf diesem Wunsch aufbauend, haben wir die ersten Werkstätten gestaltet, eine mit Zufallsauswahl ab 16 Jahren, aber auch eine spezifisch mit Jugendlichen. Denn eines der Streitthemen war, wie die Angebote für Jugendliche aussehen sollen. Zusätzlich zu diesen zwei Zufallsauswahlen haben wir noch offene Werkstätten angeboten. Mit allen Beteiligten ergaben sich so insgesamt 60 Vorschläge in 5 Werkstätten. Ein externer Fachplaner hat dann aus allen Vorschlägen ein Konzept erstellt. Um das auf Angemessenheit zu überprüfen, haben wir es in einer letzten Phase noch einmal zur Diskussion gestellt. Anhand der Kommentare wurde das Konzept noch einmal überarbeitet. In der Stadtverordnetenversammlung wurde es dann fast einstimmig beschlossen.

Du hast also zwei Ergänzungen des Losverfahrens entwickelt. Zum einen eine gezielte Auswahl der Beteiligten und zum anderen das aufsuchende Verfahren

Nur auf Zufall beruhende Auswahl wird ja nirgendwo praktiziert, sondern es wird fast immer nach Alter, Geschlecht usw. differenziert. Aber ich kann natürlich auch noch je nach Thema andere Kriterien anwenden, z.B. Teilnehmer aus allen Wohngebieten oder Bildungsgraden. Die Frage ist im Prinzip immer: Wie kann ich die größte Vielfalt an Meinungen und Erfahrungen in den Prozess bekommen?

Und was erfährst du, wenn Du die Leute zuhause besuchst?

Eine Hürde ist einfach, dass viele Menschen die Zeit nicht haben. Ein anderes Thema ist fehlende Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen. Bei einem direkten Gespräch kann ich den Menschen oft vermitteln, wie wichtig uns ist, dass genau sie kommen. Das gilt auch für die große Gruppe der Leute, die nicht davon ausgehen, dass sie etwas wichtiges beitragen können. Die haben in ihrem Leben einfach nicht die Erfahrung gemacht, dass sich jemand für sie und ihre Meinung interessiert. Dann sage ich oft, dass wenn viele so denken, eine ganze Perspektive auf die Themen verloren geht. Das ist der Punkt wo Menschen oft umdenken und sagen: Ok, dann komme ich vielleicht doch! Für mich ist das aufsuchende Verfahren nicht nur eine Methode, um andere Leute in die Verfahren zu kriegen, sondern dazu gehört dann auch die Bereitschaft anders miteinander zu arbeiten.

Was machst du dann anders?

Es gibt oft Menschen, die nicht vor der großen Gruppe sprechen wollen. Also arbeiten wir möglichst viel in kleinen Gruppen. Auch dort achten wir sehr konsequent darauf, reihum alle spre-▶ chen zu lassen. Extrem hilfreich ist immer wieder, Teilnehmende ihre Ideen zunächst aufschreiben zu lassen, weil so sichergestellt wird, dass sie sich beim Sprechen auf ihre eigenen Punkte konzentrieren und nicht nur auf andere reagieren. Das Wichtigste aber ist, dass man selbst eine neugierige Haltung hat und erfahren möchte, was jeder und jede da mitbringt.

Erlebst du in all den Jahren, dass die Menschen aufblühen, dass sie Freude an ihrer Wirksamkeit entwickeln?

Auf jeden Fall. Es gibt viele Menschen die kommen und dennoch eher skeptisch sind und danach erzählen, wie viel Spaß es ihnen gemacht hat. Oft wird gesagt: Ich habe das erste Mal in so einer konstruktiven Atmosphäre diskutiert. Und es gibt Beispiele, wo per Zufall ausgewählte Menschen sich danach weiterhin engagieren. Gerade auch bei Kindern und Jugendlichen macht es sehr viel aus zu erleben, dass man verschiedene Meinungen haben und trotzdem gemeinsame Vorschläge erarbeiten kann.

Kannst du erkennen, dass diese Art von Bürgerbeteiligung einen Einfluss auf die Umgangskultur der Stadt hat?

Schwer zu sagen. Aber wenn allgemein erlebt und dokumentiert wird, wie bei den Streitthemen dann Lösungen entstehen und die Stadtverordneten zu gemeinsamen Beschlüssen kommen, dann wird schon wahrgenommen: Ja, Bürgerbeteiligung kann etwas zur Befriedung beitragen!

Gibt es unterschiedliche Ergebnisse bei der Losauswahl und dem offenen Verfahren?

Zum Beispiel haben wir in Falkensee diskutiert ob in das neu zu planende Hallenbad eine Kegelbahn integriert werden sollte. Auf der offenen Versammlung gab es eine starke Fraktion dafür, auch weil die Kegelvereine stark mobilisiert

hatten. Im Losverfahren waren diese aber gar nicht vertreten und alle standen dem zunächst eher ablehnend gegenüber. Da sagte jemand, dass es aber für Geburtstage und Betriebsfeiern interessant sein könnte. In dem Moment wechselte die ganze Diskussion und alle fingen an darüber zu sprechen, dass genau so ein Ort eben in der Stadt fehlt. So gab es am Ende auch eine Zustimmung, aber nicht aus einem Partikularinteresse, sondern eher aus einer Gemeinwohlorientierung heraus. Das konnten die Stadtverordneten auch ganz anders annehmen.

Ein weiteres Beispiel ist der Bürgerhaushalt den wir derzeit in Werder durchführen. Es geht um die Verteilung von 200.000 Euro. Alle Einwohner:innen konnten da ihre Vorschläge einbringen, doch entscheiden tun jetzt die Schüler ab der 4. Klasse. Die Vorschläge waren teilweise aber sehr schwer zu verstehen. Wir haben in diesem Verfahren deshalb einen sogenannten Zukunftsrat mit zufällig ausgewählten Kindern einberufen und die konnten dann jeden Vorschlag prüfen und für alle verständlich überarbeiten. Ein offen eingeladener Kreis von ohnehin interessierten Schülern hätte diese "Übersetzungsarbeit" durch seine Homogenität nicht für Alle so gut leisten können.

Das sind auch Beispiele dafür, wie geloste Verfahren die weitere Spaltung der Gesellschaft verhindern können.

Ja, das stimmt schon. Ein weiterer Aspekt ist der, dass bei offenen Veranstaltungen meist die Menschen zusammen kommen, die sich schon kennen und sich schon in Schubladen gepackt haben. Sie sind entweder dagegen oder dafür, je nachdem wer etwas sagt und nicht was er sagt. Bei einer Zufallsauswahl kennen sich die Menschen oft nicht und als Moderator sorge ich dafür, dass sie sich nicht gleich in Schubladen packen. Ich habe schon erlebt, wie an

einem Tisch zwei Leute einen kreativen Vorschlag entwickelt haben und sie erst ganz am Schluss festgestellt haben, dass sie vollkommen entgegengesetzte Pole vertreten.

Hast du schon einmal mit Stadtverordneten so gearbeitet? Wird diese dialogische Kultur auch dort wahrgenommen?

Das kann schon funktionieren, nur sieht unsere politische Struktur das ja nicht vor. Diese offenen Prozesse sind schwer in formalistische Regeln zu integrieren, auf denen Politik aber zu recht basiert. Da braucht es grundlegende strukturelle Veränderungen, die beiden Anforderungen gerecht werden. Aber ich finde es als ersten Schritt schon hilfreich, wenn sich zum Beispiel Stadtverordnete auch mal jenseits der Zwänge in einem Workshop anders austauschen können. Leider stehen vielen Kommunen für derlei Prozesse keine Ressourcen zur Verfügung. /

Die Langfassung des Interviews unter: www.buergerrat.de/aktuelles/nah-beiden-menschen

Weitere Infos unter: www.werder-havel.de



Mehr zum aufsuchenden Losverfahren: www.netzwerk-buergerbeteiligung.de



Bei der Initiative Es geht LOS engagiert sich Linus Strothmann auch für geloste Wahlkreisräte: www.wahlkreisrat.de

Demokratie-Stiftung

Die geförderten Projekte 2020

In den Jahren 2018 und 2019 konnte in der Dachstiftung der GLS Treuhand ein Zinssatz von 3,35 bzw. 2,45 Prozent erzielt werden. Das ergab Zinserträge in Höhe von 20.849,60 € für den Mehr Demokratie Stiftungsfonds. Der Stiftungsbeirat hat in seiner letzten Sitzung (November 2020) beschlossen, diese Summe um 4.150,40 € aus dem freien Vermögen des Stiftungsfonds aufzustocken. Insgesamt standen 25.000 € für Projekte von Mehr Demokratie zur Verfügung. Nach Beschluss des Stiftungsbeirats werden mit jeweils 10.000 € die Beteiligungs-Software Consul und die neue Stelle für die Mehr Demokratie Arbeit in den Ost-Landesverbänden sowie mit 5.000 € die Festschrift zu Ehren von Dr. Otmar Jung (Mitglied im Kuratorium von Mehr Demokratie) gefördert.

Kontoverbindung des Stiftungsfonds für weitere Zustiftungen und Spenden

Kontoinhaber: Dachstiftung für individuelles Schenken

BIC: GENODEMIGLS

IBAN: DE54 4306 0967 0103 7008 00 Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG in Bochum

Verwendungszweck: Stiftungsfonds MEHR DEMOKRATIE-Stiftung

Ansprechpartnerinnen



Mehr Demokratie e. V. Katrin Tober

Tel.: 0421-79 46 370

katrin.tober@mehr-demokratie.de



GLS Treuhand e.V. Britta Wilhelm

Tel.: 0234-5797 5256

Britta.Wilhelm@gls-treuhand.de

Mehr Informationen

www.mehr-demokratie.de/stiftungsfonds.html



Bürgerrat: Deutschlands Rolle in der Welt

eutschlands Rolle in der Welt" – das ist das Thema des zweiten bundesweiten gelosten Bürgerrats. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat die Schirmherrschaft zum Bürgerrat "Deutschlands Rolle in der Welt" übernommen und der Ältestenrat des Bundestags hat sich mit den Fraktionen auf das Thema "Deutschlands Rolle in der Welt" geeinigt.

Das Thema ist sicherlich ein Balanceakt: Es berührt die Tiefe der deutschen Geschichte sowie damit verbundene ethische Fragen und führt in viele weitreichende außenpolitische Aspekte. Wie können wir diesem komplexen Thema also gerecht werden?

Die bisherige Entwicklung

Unser erster Bürgerrat Demokratie ist nicht nur in der Bevölkerung, bei den Medien und in der Wissenschaft auf großes Interesse gestoßen, sondern auch in der Politik. Bundestagspräsident Schäuble hatte im November 2019 die 22 Vorschläge des "Bürgerrats Demokratie" zur Stärkung der Demokratie entgegengenommen und versprochen, im Bundestag das Gespräch darüber anzustoßen. Und er hat Wort gehalten und die Unterstützung aller Fraktionen sowie den Wunsch nach einem weiteren Bürgerrat geweckt. Noch in dieser Legislaturperiode sollen zum einen inhaltliche Vorschläge zu Deutschlands internationaler Rolle und zum anderen Erkenntnisse für die weitere Nutzung von Bürgerräten auf Bundesebene vorgelegt werden. Wir wollen weiter erforschen, wie Bürgerräte in den politischen Werkzeugkoffer passen: Wie können sie dauerhaft sinnvoll verankert werden? Wer kann sie anstoßen? Wie ist die Verknüpfung mit der direkten Demokratie möglich?

Der neue Bürgerrat ist auch in anderer Hinsicht ein Modellprojekt: Erstmals wird ein Bürgerrat in dieser Größenordnung komplett online stattfinden – 160 Menschen treffen sich digital an zehn Terminen zwischen dem 13. Januar und dem 20. Februar 2021. Wir machen aus der Not der Corona-Situation eine Tugend. Denn ein Online-Format bietet auch viele Vorteile: So sind z.B. leichter internationale Fachleute zu gewinnen und für die Ausgelosten ist die



Hürde teilzunehmen niedriger, wenn sie in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Wir hoffen, die fehlende soziale Nähe mit einer guten Moderation ausgleichen zu können und werden auch in den Pausen Möglichkeiten zum lockeren Gespräch und zur Entspannung schaffen. Unser Partner ist die Initiative Es geht LOS und wir haben die Institute nexus, IFOK und IPG mit der professionellen Durchführung beauftragt.

Die Vorbereitungsphase

Um das Thema genauer zu fassen und zu klären, welche Fragen die Ausgelosten bearbeiten sollen, gab es mehrere Bausteine.

- Alle Bundestagsfraktionen haben per E-Mail Eingaben dazu gemacht, was beim Thema "Deutschlands Rolle in der Welt" besprochen werden sollte.
- In Zusammenarbeit mit dem Institut civey wurde eine repräsentative Umfrage zum Thema unter 2.500 Menschen durchgeführt.
- 3. Es gab vier Online-Diskussionsrunden mit rund 100 extra dafür ausgelosten Menschen aus vier mittelgroβen deutschen Städten (Lübeck, Freising, Chemnitz und Völklingen), die sich ebenfalls mit der Themeneingrenzung befasst haben.
- Per Online-Befragung wurden die Einschätzungen von Expert:innen aus dem Bereich Auβenpolitik eingeholt.
- 5. In einem Themenfindungs-Workshop wurden Abgeordnete, zuständige Ministerien sowie zivilgesellschaftliche Organisationen angehört.

Aus all diesen Erkenntnissen entstehen jetzt die Fragestellungen für den gelosten Bürgerrat.

Die Umsetzung

Die Auslosung der Gemeinden hat schon stattgefunden, jetzt werden Menschen aus den Einwohnermelderegistern gelost und angeschrieben. Dabei wird darauf geachtet, dass die Ausgelosten in etwa einem Querschnitt der Bevölkerung entsprechen. Ab 13. Januar werden sich die 160 Teilnehmenden jeden Mittwochabend und an vier Samstagen online treffen. Jetzt stehen die einzelnen Themen fest, die beim Bür-









gerrat besprochen werden sollen. In den geplanten zehn Online-Sitzungen wird es um die zukünftige Rolle Deutschlands in der Welt in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Wirtschaft und Handel, Demokratie und Rechtsstaat, nachhaltige Entwicklung und Europäische Union gehen.

Jede:r Geloste wird einem Thema zugeordnet, um sich über den ganzen Zeitraum damit zu befassen.

Der gesamte Prozess wird unterstützt von Expert:innen aus dem Bereich Außenpolitik und internationale Zusammenarbeit. Sie können ausgewogene Informationen für die Teilnehmenden liefern und für Fragen ansprechbar sein.

Übergabe an den Bundestag

Am 19. März nehmen Wolfgang Schäuble und die Fraktionen die Vorschläge in Form eines Bürgergutachtens entgegen. Der Bürgerrats-Prozess wird vom IASS (Institute for Advanced Sustainability Studies) und vom IDPF (Institut für Partizipations- und Demokratieforschung an der Bergischen Universität Wuppertal) evaluiert – daraus sollen auch Erkenntnisse für weitere Bürgerräte gezogen werden.

Der Bundestag hat dann die Möglichkeit, die Ergebnisse in seine Arbeit miteinzubeziehen. Wünschenswert ist, dass
die Fraktionen die Inhalte aufgreifen und
die Empfehlungen in die jeweiligen Fachausschüsse bringen. Außerdem müssen
wir über das Format, seine Weiterentwicklung und die zukünftige gesetzliche
Verankerung sprechen. Mehr Demokratie wird hier am Ball bleiben.

Interviews

Wir haben einige Beteiligte an den Fokusgruppen befragt, wie sie den Dialogprozess erlebt haben. /



Anne Dänner Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit bei Mehr Demokratie.

Was hat das mit mir zu tun?

Stimmen aus den gelosten Fokusgruppen zum Thema "Deutschlands Rolle in der Welt"

Etwa 100 Menschen aus Lübeck, Freising, Chemnitz und Völklingen wurden zur Vorbereitung des ersten vom Bundestag beauftragten Bürgerrates ausgelost, um heraus zu finden, wie "normale Bürger:innen" auf das Thema schauen. Hier eine Auswahl von 4 Stimmen, die deutlich machen, wie sehr die Haltung zur deutschen Geschichte den aktuellen Blick prägt.



Dankfried Daub, Freising bei München, 41 Jahre, Prüfer für Avionische Systeme

Die Rolle Deutschlands in der Welt wird immer mit seiner besonderen Geschichte im 20. Jahrhundert zusammenhängen, dadurch ergibt sich auch eine besondere Verantwortung. Wir sind das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Daraus ergibt sich eine Führungsrolle in Europa und auch in der Welt, die wir auch wahrnehmen können und sollten. Wir sollten in Europa darauf hinarbeiten, dass die EU nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Ich selbst fand den Austausch und Dialog sehr interessant, trotz der Covid19 Hindernisse. Der Bürgerrat sollte eine feste Institution werden in unserem demokratischen System, denn Demokratie lebt immer vom offenen Dialog mit der Bevölkerung.







Carl Kleim, Völklingen, 96 Jahre, Fronteinsatz bei der Marine bis zum Kriegsende, ehem. Gewerbelehrer in Wirtschafts- und Sozialkunde

Elisabeth Reisch, Freising, 48 Jahre, staatl. anerkannte Erzieherin (FA)

Raik Schmidtchen, Chemnitz, 32 Jahre, selbstständig im Marketing und Handwerk

Haben wir wirklich keine andere Frage zu lösen, als die über Deutschlands Rolle in der Welt? Vielleicht bin ich als Veteran des 2. Weltkrieges zu sehr "gebranntes Kind", um mich im Jahr 2020 dazu unvoreingenommen zu äußern.

In welcher Welt sollen wir eine Rolle spielen? Es ist ja überhaupt schon bemerkenswert, dass diese Welt uns wieder wahrnimmt. Da braucht man nicht lange zu raten, warum das so ist. Wir könnten eigentlich nur Demut bieten, aber keineswegs den erhobenen Zeigefinger. Wir können diese Welt nicht besser machen, sie vor allem nicht retten. Wer unseren Rat möchte, darf gerne bei uns lernen, das galt schon zu Kaisers Zeiten so, als unsere Universitäten noch Weltruhm besaßen. Sicher haben auch Deutsche herausragende Leistungen vollbracht, auf die wir stolz sein können, aber das macht uns nicht besser als den Rest der Welt – allerdings auch nicht Schlechter. Wo wir darum gebeten werden, etwas beizutragen, Gewalt und Unrecht auf dieser Weit einzudämmen, sollten wir nach unseren Möglichkeiten helfen, das ist des "Schweißes der Edlen" wert.

Weshalb soll ich mich damit befassen? Mir geht es doch gut und welche Rolle mein Land in der Welt spielt, hat doch auf meine persönliche Situation eigentlich keine Auswirkungen, oder doch? Selbstverständlich! Deutschland könnte aufgrund seiner wirtschaftlichen und intellektuellen Position auf vielen Feldern eine Vorreiterrolle übernehmen und tut dies oft leider nicht. Daher sind z.B. in den Bereichen Bildung, Klimaschutz, soziale Ungleichheit oder Gleichberechtigung wir es, die zu lernen haben. Doch obwohl auch wir Lernende sind, ist es unser Wertesystem, das anderen Ländern wiederum als Vorbild gelten sollte und das besonders in Europa eine immer wichtigere Rolle spielt. Somit hat "Die Rolle Deutschlands in der Welt" auch Einfluss auf mein persönliches Leben, da eine gute Entwicklung in unserem Land nur dann weiter gewährleistet ist, wenn wir dazulernen und unsere Werte bei Veränderungen immer als Grundlage für Entscheidungen dienen. Der Austausch zu diesem Thema war sehr spannend und ich würde in diesem Kontext gerne weiter aktiv an diesen und anderen Erörterungen teilhaben! Leider wird dem Thema Bürgerrat noch nicht soviel Aufmerksamkeit zuteil, wie es, in meinen Augen, eigentlich angemessen wäre.

Deutschland hat in meinen Augen eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion in der Welt in vielen Bereichen, z.B. beim Klimaschutz. Wir gehen einen Weg, der zu fossilen Brennstoffen NEIN sagt. Das kostet und tut an vielen Punkten weh. Aber langfristig wird es sich lohnen. Die Vergangenheit lässt sich nicht ändern und wir haben uns weiter entwickelt. Unsere Verantwortung liegt in der gemeinsamen Vorbeugung solcher Ereignisse. Frieden und Freiheit sind unser wertvollstes Gut, was Deutschland und viele andere Länder wertschätzen und zu bewahren wissen. Konkret stelle ich mir Deutschland als Botschafter für den Frieden vor. Eine Armee, die hilft und verteidigt, eine Regierung die wohlwollend mit anderen Ländern für die Zukunft arbeitet z.B. für die gerechte Verteilung von Ressourcen. Faschismus ist wie Krebs, er darf nicht ignoriert werden, sonst wuchert er unkontrolliert. Darum darf er nicht geduldet werden, was dagegen hilft weiß ich leider nicht. Vielleicht Wissen, Aufklärung und die Reduzierung von Ängsten?! Ich würde mir wünschen, dass solche Gruppen fester Bestandteil der Demokratie sind. Diese sollten jedoch kleiner und themenbezogen stattfinden.

Consul – Von der großen Unbekannten zum Motor für digitale Bürgerbeteiligung?

Detmold, Castrop-Rauxel und Würzburg sind in den letzten Monaten mit Consul online gegangen. Bamberg steht kurz davor, ebenso die Initiative German Zero. München wird in den nächsten Monaten starten. Das ist jedoch erst der Anfang. Consul wird immer mehr zu einem festen Bestandteil in der deutschen Beteiligungslandschaft und verhilft durch sein einzigartiges Konzept auch Kommunen zu digitaler Partizipation, die sich ansonsten nicht in der Lage gesehen hätten.

Text Simon Strohmenger

m Sommer 2019 war die Beteiligungsplattform "Consul" in Deutschland noch nahezu unbekannt. Lediglich einige Expert:innen hatten bis dato zumindest davon gehört – erstaunlich eigentlich: ist Consul doch die erfolgreichste Beteiligungs-Software weltweit. In Madrid 2015 entwickelt, wurde sie in weiteren Metropolen, wie New York, Buenos Aires und Porto Alegre genutzt, sowie auf Landesebene in Kolumbien und Uruguay. Dazu kamen Preise der EU und der UN. Dennoch war Consul in Deutschland die große Unbekannte.

Wir von Mehr Demokratie standen aber in den Startlöchern dies zu ändern. Mit Blick zurück, ist uns das besser gelungen als erwartet: Schon Anfang des Jahres konnten wir mit dem Demokratie-Event "Olympia 12062020" einen ersten Testballon starten. Mehr als 20.000 Teilnehmende haben über Consul Petitionen eingebracht und bewertet, sowie

"Mit einer Online-Beteiligungsplattform gibt die Stadt Würzburg allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, direkt an Beratung und Entscheidung der für sie wichtigen Themen mitzuwirken. Dies ist für mich ein wichtiger Baustein, alle Bürgerinnen und Bürger in die weitere Entwicklung ihrer Heimatstadt einzubeziehen."

Oberbürgermeister Christian Suchardt, Würzburg

"Dies bringt Castrop-Rauxel einen Schritt weiter in Richtung einer modernen, bürgernahen Verwaltung und einer zukunftsorientierten Kommune mit Blick auf den digitalen Wandel."

Bürgermeister Rajko Kravanja, Castrop-Rauxel

Initiativen in den Bereichen Demokratie, Klima und Menschenrechte unterstützt. Dies hat uns geholfen, die Software besser zu verstehen und die Flexibilität der möglichen Anwendungen zu erkennen.

In den Monaten darauf folgten dutzende Gespräche mit Kommunen und Initiativen. Dabei haben wir zwei Sachen gelernt: Vielen Kommunen ist bewusst, dass sie mit den üblichen Beteiligungsverfahren an ihre Grenzen stoßen. Sowohl was die Reichweite als auch die Repräsentativität der Teilnehmenden angeht. Daher besteht oftmals eine grundsätzliche Offenheit gegenüber zeitgemäßer digitaler Bürgerbeteiligung. Jedoch mussten wir noch etwas lernen: Geduld! Alleine in München vergingen von den ersten Gesprächen bis zu einer positiven Entscheidung eineinhalb Jahre. Bis zum Start werden es wohl nochmals sechs Monate sein.

Das es auch schneller gehen kann, haben im Sommer Detmold und Castrop-Rauxel gezeigt. Beide sind mit kollaborativen Verfahren zu Digitalisierungsstrategie und Jugendbeteiligung online gegangen. Würzburg im Herbst mit der Erstellung eines Lärmaktionsplans. Zudem sind wir aktuell mit mehr als 70 Städten im Gespräch, Tendenz steigend. Der bisherige Erfolg liegt zum einen am kostenlosen Open-Source-Ansatz und der starken Community, die dahinter steht. Mehr als 140 Städte weltweit und eine koordinierende Stiftung, die Consul-Foundation, in der 14 internationale NGOs Mitglied sind (u.a. Mehr Demokratie als Board-Member), sorgen für eine ständige Weiterentwicklung und zahlreiche Anwendungsbeispiele. Um diese Vernetzung auch für den deut-

"Die Strategie einer breiten Bürgerbeteiligung, Technik und unsere Kompetenz haben wir zusammengebracht", beschreibt er den erfolgreichen Weg. "Auch hier war es die Zusammenarbeit, die eine innovative Lösung ermöglicht hat, das möchten wir auf die Beteiligung der Bürgerschaft übertragen!"

Bürgermeister Rainer Heller, Detmold

schen Raum zu gewährleisten, haben wir ein gemeinsames Forum für alle interessierten Kommunen eingerichtet und planen für das kommende Jahr Veranstaltungen, um den Erfahrungsaustausch zu intensivieren und zu verstetigen.

Ein weiterer Grund für den Erfolg der Software ist die Anpassbarkeit auf die jeweiligen Bedürfnisse einer Kommune. Consul bietet dafür die gängigen Beteiligungsinstrumente sowie die Möglichkeit, diese nach Bedarf oder Projekt freizuschalten. Dabei stehen wir beratend zur Seite: Von der Kombination mit Offline-Verfahren, über das Design der Plattform bis zu Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen wir die Kommunen bei der Implementierung.

Consul muss jedoch nicht auf Kommunen beschränkt bleiben. Der Einsatz ist überall dort denkbar, wo gemeinschaftliche Entscheidungen getroffen werden sollen. So plant German Zero den Einsatz von Consul für die kollaborative Entwicklung eines Klimagesetzes und mittlerweile gibt es eine eigene Consul-Instanz für Schulen.

Diese Erfolge und die Möglichkeiten, die Consul bietet, machen uns zuversichtlich, dass sich eine starke bundesweite Community entwickelt und Consul zum Motor für eine neue Form der Bürgerbeteiligung wird. Und Mehr Demokratie ist an vorderster Stelle dabei. /



Simon Strohmenger Presse- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie Bayern.



WEITERE INFORMATIONEN UNTER

www.mehr-demokratie.de/themen/beteiligungssoftware-consul/

Consul offiziell: www.consulproject.org/en
Würzburg: www.wuerzburg-mitmachen.de
Detmold: www.consul.detmold-mitgestalten.de
Castrop-Rauxel: www.mitmachen.castrop-rauxel.de
München-Initiative: www.muenchen-mitmachen.de
Schulen: www.consul-schulen.de



Viel Meinung, wenig Erfahrung

Oliver Wiedmann zur knappen Entscheidung der Grünen gegen bundesweite Volksentscheide

ei kontroversen Debatten über Volksentscheide fällt auf, wie gering der Kenntnisstand über die Praxis direkter Demokratie ist. Viele haben eine Meinung dazu, dann noch schnell das passende Beispiel finden, fertig ist die Haltung. So auch beim digitalen Parteitag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Ende November. Die direkte Demokratie schaffte es dort nicht mehr ins neue Grundsatzprogramm. Die Abstimmung fiel mit 46 zu 51 Prozent knapp gegen bundesweite Volksentscheide aus.

Der Gegenwind in den letzten Jahren ist stärker geworden. Der Brexit, die Trump-Wahl 2016 und das Erstarken rechtsextremer Kräfte haben das Vertrauen in die Bürger:innen beschädigt. Die Sorge ist verständlich: Uns wurde in wenigen Jahren vor Augen geführt, wie schnell Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ins Wanken geraten können. Die Frage ist jedoch, was die richtigen Rezepte dagegen sind. Misstrauen und Angst gehören nicht dazu.

Während direkte Demokratie bisher in allen Grundsatzprogrammen auftauchte, sprach sich der Bundesvorstand im Juni überraschend gegen Volksentscheide und anstelle dessen für Bürgerräte aus. Doch warum beide Verfahren gegeneinander ausspielen und nicht die Stärken von beidem ver-





binden? Wir baten um Stellungnahme, führten Gespräche mit Verbündeten in der Partei, wandten uns an alle Kreisverbände, versammelten Teile der organisierten Zivilgesellschaft in einem Offenen Brief hinter uns und diskutierten in Online-Formaten über direkte Demokratie.

Doch der Bundesvorstand rückte nicht von seiner Position ab. Somit war klar: Es kommt zur Abstimmung auf dem Parteitag. Für direkte Demokratie sprachen Bundesgeschäftsführer Michael Kellner, die bayerische Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze, die niedersächsische Bundestagsabgeordnete Katja Keul und Mehr Demokratie-Mitbegründer Gerald Häfner. Robert Habeck und Jürgen Trittin verteidigten die Linie des Bundesvorstands.

Eine Niederlage verkraftet sich immer leichter, wenn die Argumente der Gegenseite nachvollziehbar sind. Was jedoch die Gegner vorbrachten und was eine knappe Mehrheit der Delegierten überzeugte, lässt uns etwas ratlos zurück.

Der Brexit hätte gezeigt, dass Volksentscheide spalten. Nichts weniger als die gesamte Europäische Union stehe somit auf dem Spiel. Dass die Brexit-Befragung allen Qualitätskriterien guter direktdemokratischer Verfahren widerspricht, wurde dann als technokratische Verfahrensargumentation abgetan. Aber auf die Ausgestaltung kommt es eben an!

Ja, im Vorfeld von Abstimmungen nimmt die Polarisierung zu. Das Brexit-Referendum hat die Spaltung jedoch nicht hervorgerufen. Sie bestand schon vorher, hat sich im Abstimmungskampf zugespitzt, vor allem aufgrund der scharfen Rhetorik der Protagonisten. Das Instrument hält der Gesellschaft einen Spiegel vor.

Ein weiteres Argument: Die direkte Demokratie kenne den Kompromiss nicht und reduziere komplexe Fragen auf binäre Ja/Nein-Varianten. Schlichtweg falsch! Ein Blick in die deutsche Praxis zeigt, dass die Kompromissbildung bereits am Anfang beginnt, wenn sich ein großes Bündnis hinter einem Volksbegehren versammelt. Oftmals verhandeln Initiativen im Laufe des Volksbegehrens mit den Landesregierungen. Die wenigsten gelangen zur Abstimmung, da man sich auf dem Kompromissweg einigt. So erging es auch den Volksbegehren zum Artenschutz in Bayern und Baden-Württemberg, in Brandenburg wird noch verhandelt. Darin liegt die eigentliche Kraft direkter Demokratie. Sie bringt neue Themen auf die Agenda und sorgt für den Austausch zwischen Politik und Bürgerschaft – und zwar auf Augenhöhe. Kommt es doch zur Abstimmung, so kann das Parlament einen Gegenentwurf ins Rennen schicken. Mein Eindruck ist, dass die Gegner direkter Demokratie die Praxis in den Bundesländern nahezu vollständig ausblenden.

Aber auch unsere Argumentation gehört auf den Prüfstand. Direkte Demokratie bringt nicht nur progressive Themen voran. Das wäre auch seltsam angesichts der Wahlergebnisse. Es sind die gleichen Menschen, die abstimmen und



"NETZWERK LEBENDIGE DEMOKRATIE" INNERHALB DER GRÜNEN

Als Konsequenz aus den Beschlüssen des Parteitages hat sich eine Initiative gegründet, die Volksabstimmungen und Bürgerräte innerhalb der Partei verankern möchte. Das Netzwerk wird koordiniert von: Lukas Beckmann (KV Oberhavel, Mitgründer der Grünen, der Heinrich-Böll-Stiftung und von Mehr Demokratie), Katharina Schulze (Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag), Vasili Franco (Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss vom Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg), Yvonne Plaul (Sprecherin BAG Demokratie und Recht). Sie bringen einen Newsletter heraus und organisieren den Diskurs.

info@netzwerk-lebendige-demokratie.de

wählen gehen. Fake-News und der zunehmend raue Umgangston schaden der Demokratie insgesamt. Wir müssen darüber reden, wie Brücken gebaut und die Diskussionskultur bei Volksbegehren verbessert werden. Die Verknüpfung von Volksbegehren mit Bürgerräten könnte eine Antwort sein. Und wir brauchen deutlich mehr Praxis in den Bundesländern, damit noch viel mehr Menschen positive Erlebnisse mit diesen Instrumenten teilen können.

Nur wenige Stunden nach dem Parteitag wurde diskutiert, ob nicht eine Urabstimmung unter den Grünen Mitgliedern oder ein Bürgerrat innerhalb der Grünen zum Thema nun das richtige Mittel sei. Wie auch immer es hier weitergeht, wir sollten uns von der Momentaufnahme nicht verunsichern lassen. Eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung steht in dieser Frage hinter uns. Wir werden in den Parteien und öffentlich weiterhin dafür streiten.



Oliver Wiedmann Büroleiter Mehr Demokratie Berlin/Brandenburg.



ABSTIMMUNG21:

Deutschland soll über die Klimawende abstimmen

Zur Bundestagswahl 2021 soll unter anderem über das Thema "Klimawende 1,5 Grad" bundesweit abgestimmt werden. Initiator und Organisator dieser ersten selbstorganisierten bundesweiten Volksabstimmung in der Geschichte Deutschlands ist die Initiative ABSTIMMUNG21. Hinter ihr stehen Mehr Demokratie e. V. (Landesverband Hamburg), Change.org e. V., Omnibus für direkte Demokratie gGmbH und Democracy International e. V.. Zusammen wollen die vier Organisationen erreichen, dass mindestens eine Million Menschen an der Abstimmung teilnehmen.

Text Daniel Schily und Olaf Seeling



or diesem großen Vorhaben fand im September 2020 eine Probeabstimmung (ausführlicher Artikel MD-Magazin Ausgabe 4/2020) statt, an der knapp 50.000 Menschen teilgenommen haben. In den darauffolgenden Monaten wurde die Probeabstimmung ausgewertet und die Strategie für die Kampagne 2021 festgelegt. Hochmotiviert wollen die Initiatoren zur Bundestagswahl mindestens das Zwanzigfache an Beteiligung auf die Beine stellen: 1.000.000 Teilnehmer:innen.

Kampagnenüberblick

Ende Juli/Anfang August sollen die Abstimmungsunterlagen verschickt bzw. verteilt werden. Im September wird ausgezählt, um dann rechtzeitig zur Bundestagswahl die Ergebnisse der Abstimmung bekannt zu geben. Parallel zu diesem Zeitplan findet im ersten Halbjahr die bundesweite Mobilisierung für die Teilnahme an der Abstimmung statt.

Kampagnenzeit Januar-Juli: alle Bündnispartner und Thementräger trommeln für eine große Beteiligung an der Abstimmung und für ihre Schwerpunktthemen. Wenn in diesem ersten Schritt hoffentlich annähernd eine Million Menschen mitmachen, folgt eine lokale Verteilung in Städten und Gemeinden, damit die Teilnehmerzahl noch höher und repräsentativer wird. Aus technischen Gründen kann aber der Zeitplan derzeit noch nicht festgelegt werden.

Termin der Bundestagswahl: 26. September 2021



Für die Bundestagswahl 2021 schlägt Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nach Beratungen mit Ländern und Fraktionen den 26. September 2021 als Termin vor. Endgültig entscheiden muss Bundespräsident Frank-

Walter Steinmeier.

Zusätzlich stehen im Jahr 2021 in sechs Bundesländern Wahlen auf der Agenda.

Die Abstimmungsthemen

Worüber abgestimmt werden soll, steht noch nicht abschließend fest. Auf jeden Fall wird es um diese beiden Themen gehen: 1. Klimawende, sodass Deutschland seinen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel leisten kann und 2. die bundesweite Volksabstimmung. Hinzu kommen noch Themen, die über das sogenannte Themenvoting ab Jahresbeginn in mehreren Schritten online ermittelt werden, z.B. über die Petitionsplattform change.org.

In einem lesenswerten TAZ-Artikel mit dem Titel "Die Abstimmungsoption" bringt Gastkommentator Martin Zülch die Klimabewegung mit der Initiative ABSTIMMUNG21 zusammen. Zülch sieht in dem Ausbau der Kampagnenpraxis (Freitagsdemos etc.) durch ein direktdemokratisches Instrument (ABSTIMMUNG21) die Chance "den Klimaschutz zum zentralen Wahlkampfthema zu machen und transformative Ansätze voranzubringen."

Auch die Organisator:innen von ABSTIMMUNG21 sehen das so und haben sich daher entschlossen, die Klimawende 1,5 Grad zum Hauptthema der bundesweiten Abstimmung zu machen. Im ersten Schritt braucht es einen Textvorschlag zum Thema Klimawende 1,5 Grad, der von allen wichtigen Akteuren und Wissenschaftlern getragen wird. Es ist ein kleines Kunststück, alle unter einen Hut zu bekommen, aber zum Glück gab es dafür Unterstützung:

Karl-Martin Hentschel ist Hauptautor des "Handbuch Klimaschutz – Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann". Mit seiner Hilfe entstand ein Entwurf, der auf vier Studien bzw. Plänen gründet:

- "Handbuch Klimaschutz Wie Deutschland das 1,5-Grad-Ziel einhalten kann" (BBK & MD 2020): Zusammenfassung von über 300 wissenschaftlichen Studien und Positionspapieren zu Klimawandel und hierauf basierende Ausarbeitung von Handlungsmöglichkeiten für alle Sektoren
- CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze" (Wuppertal Institut, Oktober 2020): ein Bericht, der die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäude enthält (Landwirtschaft und Bodennutzung sind jedoch ausgeklammert)
- "1,5-Grad-Klimaplan für Deutschland" (German Zero, Dezember 2019): Ein Umsetzungsplan für die Bundesregierung, im Austausch mit führenden Politik- und Umweltfachleuten von Wissenschaftler:innen und Expert:innen erarbeitet
- "Umweltgutachten 2020" (Sachverständigenrat für Umweltfragen SRU): Gesamtevaluation zum

Klima- und Umweltschutz in Deutschland. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen ist ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung.



"Reden war gestern, Zeit für Taten"

Dieses frische Statement kommt aus dem Buch "Ihr habt keinen Plan. Darum machen wir einen. 10 Bedingungen für die Rettung unserer Zukunft."

Eine zentrale Erfahrung bei der Probeabstimmung im Herbst 2020 war für uns: Die Menschen wollen etwas tun! Das Vergnügen mitzumachen, zu helfen, auch wenn es nur für einen Tag ist. Bei dem Auszählen der Stimmzettel, dem Verteilen der Abstimmungsunterlagen oder dem Aufhängen von Plakaten/Postern – viele wollen mitmachen.

Es gibt jede Menge Anfragen von Leuten, was sie konkret in 2021 tun können, um ABSTIMMUNG21 zu unterstützen. Und eine Idee kommt darin immer wieder vor: der Wunsch, selber Abstimmungen vor Ort durchzuführen.

Herzstück: Beteiligungszentrierte Demokratie

Mit den Erfahrungen aus der Probeabstimmung in Wedel und Hamburg-Ottensen lassen sich Städte- oder Ortspartnerschaften aufbauen. Initiativen und Menschen aus den Themenbereichen der Abstimmung, z.B. aus der Klimabewegung, können an ihrem Wohnort in einen öffentlichen Diskurs gehen und die Menschen in einen Entscheidungsprozess einbinden. Finden sich Aktive, die dies wollen und leisten können, kann ABSTIMMUNG21 sie hierbei begleiten und beraten. Sei es bei den Pressemitteilungen, beim Aufstellen von Plakate, an Infoständen oder bei der Verteilung der Abstimmungsunterlagen.

So wird es repräsentativer

Ein sehr positiver Nebeneffekt bei der Beteiligung von Städten/Stadtteilen ist, dass die gesamte Abstimmung repräsentativer wird, als wenn nur Menschen abstimmen, die aktiv Abstimmungsunterlagen angefordert haben und eher "ihr" Thema stärken wollen. Die Probeabstimmung hat bei allen Themen diesen Unterschied sehr deutlich gemacht. Zum Beispiel bei unserem Herzensthema "bundesweite Volksabstimmung". Auf Bundesebene gab es zu diesem Thema eine Zustimmung von 89,66 %. Lokal wurde das Thema auch angenommen, aber es gab Unterschiede bis zu knapp 20 %-Punkte (Wedel 78,55 % und Hamburg-Ottensen 71,24 %).

Bekanntgabe der Ergebnisse: eine Woche vor Wahltermin

Um vor dem Wahltermin 26. September ordentlich Druck zu machen, werden die Abstimmungsergebnisse eine Woche vor dem Wahltermin bekanntgegeben.



UNTERSTÜTZT SIE UNS MIT EINER SPENDE AN:

Mehr Demokratie Hamburg e. V.

Bank: GLS Bank

IBAN: DE67 4306 0967 0040 2000 01

BIC: GENODEM1GLS

Stichwort: Abstimmung 2021

Wenn Sie dies alles lesen, befinden wir uns schon voll im Kampagnenmodus. Die Website ist aufgefrischt, das change-Voting läuft, Städtepartnerschaften bahnen sich an, die Bündnispartner scharen sich hoffentlich um uns und wir sind voller Tatendrang. 2021 soll wirklich ein Super-Abstimmungs- und Wahljahr werden.

Wir sind überzeugt, dass es die Bürger:innen selbst in der Hand haben, ob es Abstimmungen auf Bundesebene gibt. Lassen Sie uns gemeinsam beweisen, dass bundesweite Volksabstimmungen machbar, demokratisch, wichtig und zeitgemäβ sind!

Unterstützen Sie uns!

Damit es weitergeht und wir die bundesweite Abstimmung 2021 durchführen können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen! Sind Sie dabei? Mehr Infos und Möglichkeit zu spenden unter: www.abstimmung21.de. /



Daniel Schily Mitgründer von Mehr Demokratie und Vorstandsmitglied bei Democracy International.



Olaf Seeling Mitglied bei Mehr Demokratie und Mitinitiator von Abstimmung 21.



Wir haben einfach losgelegt: Die Zeit war reif für einen "Mehr Demokratie-Podcast". Der Gedanke dahinter: Wenn wir uns coronabedingt nicht mehr im physischen Raum treffen können, müssen wir andere Wege finden, das Gespräch über unsere Demokratie aufrecht zu erhalten. Mindestens zwei Mal im Monat veröffentlichen seitdem nun eine Podcast-Folge über aktuelle Demokratie-Themen mit Aktivist:innen oder beleuchten, zusammen mit Expert:innen die Hintergründe. Wir besprechen Details und die großen Zusammenhänge. Streiten uns und sind auch mal gleicher Meinung.

Wenn Sie es noch nicht getan haben – dann hören Sie vorbei! Und vor allem: Schreiben Sie uns Ihre Kritik und Ihr Lob, wir brauchen beides – denn wir haben gerade erst angefangen! Schlagen Sie uns Gesprächspartner:innen und Themen, über die Sie gerne mal mehr hören wollen, vor.

Bis gleich bei: Poltikverschossen – Der Demokratie-Podcast!



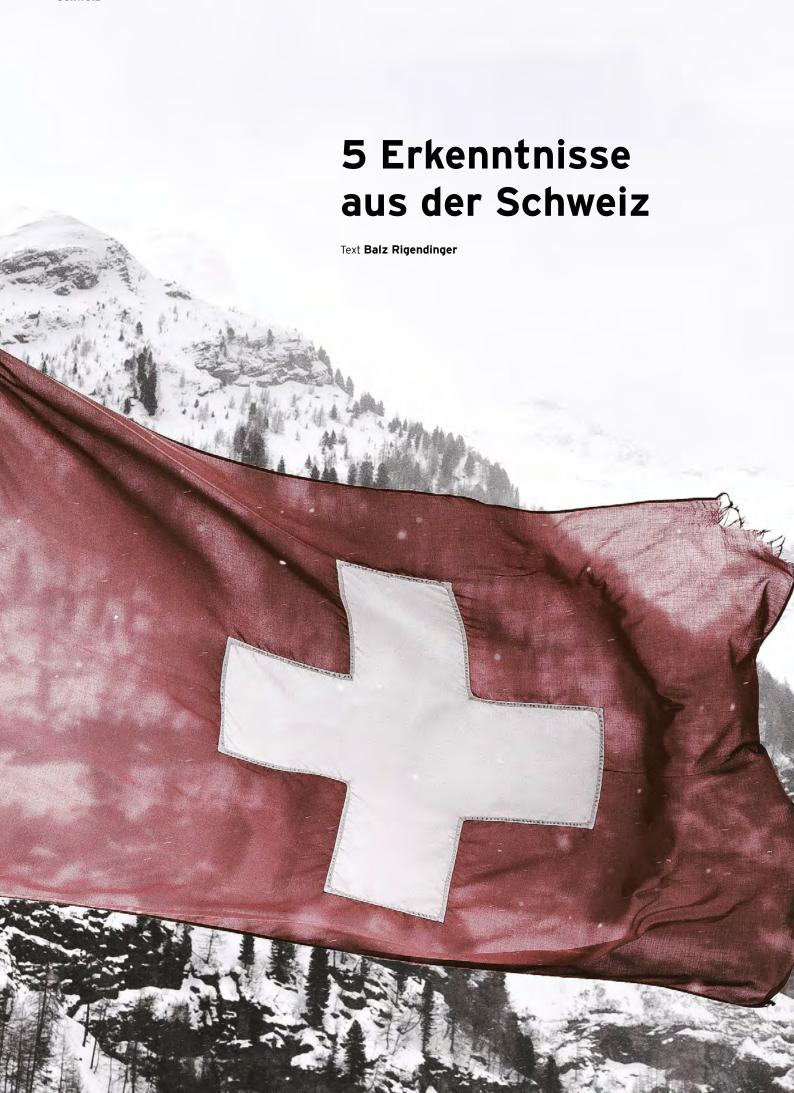






Anselm Renn

Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeiter bei Mehr Demokratie.



iele Schweizerinnen und Schweizer hegen gegenüber der Wirtschaft ein zunehmendes Unbehagen. Die Konzernverantwortungs-Initiative forderte, dass Schweizer Unternehmen die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland respektieren. Die Initiative ist jetzt ebenso wie die gegen Waffengeschäfte gerichtete Initiative abgelehnt worden. Wie der Abstimmungskampf geführt und entschieden wurde, sagt etwas über die Schweiz aus.

1. Die Schweiz agiert vorsichtig - es ist Krise

Die Konzernverantwortungs-Initiative hat das Schicksal der meisten Initiativen erlitten: Am Ende resultierte ein Nein. Auch wenn es knapp war. Auch wenn die Umfragen anders aussahen. Auch wenn es kein Volks-Nein war, sondern eines der Mehrheit der Kantone. Nachanalysen zu den Abstimmungen im September zeigten, dass die Pandemie das Schweizer Stimmvolk vorsichtig werden ließ. Aus dem Ausland betrachtet wirkt die Schweiz mit ihren vollen Kassen – und bescheidenen Schulden – für Milliardenhilfen an die Wirtschaft zwar fürstlich ausgestattet.

Aber gerade die international herausragende Heftigkeit der zweiten Welle in der Schweiz macht klar, dass die Krise auch für dieses reiche Land umfassender ist und wohl zehrender wird als zunächst angenommen. Es gilt darum die alte Regel: In Krisen besinnt sich der Mensch auf das Vertraute – und das Schweizer Volk ist für Experimente kaum zu haben.

2. Die Schweiz hat Swing States – und sie werden zum Faktor

Die Schweiz weist viele Fragmentierungen auf. Es gibt den Röstigraben, den Stadt-Land-Graben und – etwa beim Jagdgesetz im September – auch einen Berg-Tal-Graben. Doch im Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungs-Initiative wurde in Umfragen deutlich, dass man es mit einer differenzierteren Politgeografie zu tun hatte. Es gab sichere Ja-Kantone, sichere Nein-Kantone und eindeutige Wackelkantone. Politologen sprachen von Swing States. Das waren jene Kantone, die aufgrund des Schweizer Ständemehrs entscheidend werden konnten – vergleichbar mit den Elektorenstimmen in den USA.

Entsprechend konnten beide Kampagnen ihre Anstrengungen kurz vor der Abstimmung auf diese Wackelkantone fokussieren. Wie heftig dies geschah, haben Sie als Bürger oder Bürgerin im Ausland nicht mitbekommen. Zu gezielt waren die Botschaften geografisch adressiert. Dass in der Schweiz so fein an einzelnen Stellschrauben gedreht wird, ist neu und eröffnet für die Zukunft in der Kampagnenführung eine neue Dimension.

3. Neue Kampagnen-Formen - neue Tiefpunkte

Was sie als Bürgerinnen und Bürger im Ausland auch nicht mitbekommen haben, sind die neueren Formen von Politkampagnen, welche der Kampf um die Konzernverantwortungs-Initiative hervorgebracht hat. Es war der "wohl teuerste Abstimmungskampf aller Zeiten", wie Politologe Lukas Golder schätzt. Die Befürworter operierten im Makrobereich mit orangen Fahnen, die ganze Quartiere prägten. Im Mikrobereich setzten sie auf persönliche Netzwerke: Sie sorgten mit Emails und auf Social Media dafür, dass jeder einzelne Sympathisant auch seine Freunde und Familie aktivierte.

Ebenso aufwändig und neu agierten die Gegner. Sie stellten nicht nur den CEO von Glencore hin, um gegen die Initiative anzureden, sondern auch den Wirtschaftsminister von Burkina Faso und eine Ökonomin aus Kolumbien. Zugleich erschienen auf Social Media regional gezielt gestreute Videos, die mit irritierenden Zerrbildern humanitäre Organisationen diffamierten. Hier zeigte sich die Polarisierung in der Schweiz in einer neuen Dimension. Der guteidgenössische Anstand in der politischen Debatte hat Schaden genommen. Er ist gefährdet.

4. Das Unbehagen bleibt – und wird sich neu formulieren

In der Kriegsgeschäfte-Initiative wie in der Konzernverantwortungs-Initiative steckt derselbe Wunsch: Viele erwarten von der Wirtschaft in ihrem Land das Verhalten, das sie selbst bei ihren Einkäufen an den Tag legen. Dort haben Bio- und Fairtrade-Produkte seit Jahren enormen Zuwachs. Schweizer Konsumenten können sich dort Nachhaltigkeit und Fairtrade locker leisten – Nahrungsmittel beanspruchen nur 7 Prozent ihres Einkommens. Wie aber steht es um die Makroökonomie? Beim Finanzplatz Schweiz hat der Paradigmenwechsel von der Schwarzgeld- zur Weissgeldstrategie funktioniert.

Das nährt bei vielen die Zuversicht, dass neue Paradigmenwechsel ebenso erschwinglich wären und funktionieren könnten: Klimagerechtigkeit am Kapitalmarkt etwa oder Fairness und Menschlichkeit bei Investitionen der Nationalbank. Die Wirtschaft hat auf dieses wachsende Bedürfnis zwar vereinzelt reagiert. Banken bieten entsprechende Produkte an. Doch auf Gesetzesebene hielt sich das Land bisher zurück. Dieser Sonntag machte klar: Sehr viele Schweizer hegen gegenüber der Wirtschaft ein zunehmendes Unbehagen. Sie werden dieses in neuen Initiativen zum Ausdruck bringen.

5. Jede Stimme zählt – auch die der Fünften Schweiz

Dieser Sonntag zeigte einmal mehr, wie akzentuiert anders die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland gegenüber den Inlandbürgern abstimmen. In den zwölf Kantonen, welche das Stimmverhalten der Fünften Schweiz ausweisen, resultierte bei den Auslandstimmen ein deutliches Ja zur Konzernverantwortungs-Initiative (57,3 %) und ebenso ein Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative (51%). Diesen Sonntag hätten die Stimmen aus dem Ausland das Resultat zwar nicht drehen können. Denn selbst dann, wenn alle Stimmcouverts die Urnen erreicht hätten – was nie der Fall ist – hätte das Ständemehr entschieden.

Gerade knappe Resultate, wie jetzt bei der Konzernverantwortungs-Initiative und zuletzt bei der Kampfjet-Finanzierung, machen aber klar, dass nicht nur theoretisch, sondern ganz real wirklich jede Stimme zählt. /

Quelle: SWI swissinfo.ch, Balz Riegendinger, 30.11.2020

Radikale Demokratietheorie

eine Rezension von Philipp Deeg

as vorliegende Handbuch dient genau diesen [...] Zwecken: Auf der einen Seite kann es als Glossarium der Diskurse über radikale Demokratie gelesen werden, auf der anderen Seite glättet es aber die teils erheblichen Differenzen nicht, sondern sucht stattdessen die wesentlichen Kontroversen auszuleuchten." (S. 16) Mit diesem nicht geringen Anspruch überwältigt dieses Buch den Leser. In der unscheinbaren Gestalt der Reihe "suhrkamp taschenbuch wissenschaft" gehalten, umfasst es rund 800 Seiten Inhalt aus der Feder von über 50 Autor:innen. Kaum eines der 83 Kapitel ist länger als zehn Seiten. Man ahnt: Wer sich für die Materie interessiert, kann aus dem Vollen schöpfen. Um leichte Bettlektüre handelt es sich aber nicht.

Das Buch ist in vier Hauptteile gegliedert: I. Ideengeschichte/Geschichte/Traditionslinien, II. Aktuelle Positionen, III. Grundbegriffe, IV. Diskussionen und Kontroversen. Die zahlreichen internen Querverweise im Buch runden nicht nur den bereits im Titel angekündigten

Handbuchcharakter ab. Sie zeigen vielmehr auch, wie das Buch zu lesen ist: keinesfalls linear von vorne nach hinten. Vielmehr ist man eingeladen, an einem Punkt, der das eigene Interesse fesselt, einzusteigen und sich dann peu à peu durch den Band zu schmökern. Reiz und Risiko zugleich ist die Unwägbarkeit, nie ganz sicher zu sein, ob man nun durch ist oder nicht doch noch etwas ausgelassen hat, zumal man - jedenfalls wenn man sich nicht aus fachwissenschaftlicher Perspektive mit dem Buch befasst - sicher einige Monate braucht, ehe man einigermaßen fertig gelesen hat. Immerhin, auf diese Weise wird man den Band immer wieder aus dem Regal ziehen, bis er recht zerfleddert daherkommt. Auch das Exemplar des Rezensenten, der mit seinen Büchern für gewöhnlich höchst sorgsam umgeht, macht bereits einen sehr abgegriffenen Eindruck.

Angesichts dieses Aufbaus verwundert es nicht, dass ein Kapitel über Demokratie nicht gleich am Anfang steht, sondern erst an 53. Stelle kommt. Denn wer das Bedürfnis hat, mit einem sol-

chen Überblicks- und Einordnungskapitel einzusteigen, kann dies verlustfrei tun. Sinnvoll kann das sein, denn schon ein Blick ins Inhaltsverzeichnis lehrt: Wenn so unterschiedliche Autoren wie Jürgen Habermas, Cornel West und Slavoj Žižek unter dem Etikett "radikale Demokratietheorie" subsumiert werden, kann es so etwas wie die radikale Demokratietheorie kaum geben. Vielmehr handelt es sich um ein Spektrum teils erheblich unterschiedlicher Ansätze.

Man lernt im weiteren Verlauf der Lektüre so einiges. Gerade wer historisch und ideengeschichtlich interessiert ist – hier muss der Rezensent als Historiker Farbe bekennen – wird in Teil I auf seine Kosten kommen. Zum Beispiel findet man sich im Kapitel über die Anti-Federalists mitten in der US-Verfassungsdebatte des 18. Jahrhunderts wieder, und zwar auf der unterlegenen Seite. Man fragt sich, wie nicht nur die amerikanische Verfassung, sondern der westliche Konstitutionalismus insgesamt sich entwickelt hätte, wenn die Anti-Federalists sich mit ihren Vor-



Dagmar Comtesse/Oliver Flügel-Martinsen/Franziska Martinsen/Martin Nonhoff (Hrsg.): Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. Berlin 2020. /

schlägen hätten durchsetzen können. Denn sie wollten die Volksvertreter stärker rückbinden etwa durch ein Rotationsprinzip und durch die Möglichkeit, Mandatsträger abzuberufen.

Verlässt man den ersten Abschnitt, stellt sich viel Kopfnicken ein: Demokratie als Lebensform zu betrachten, überzeugt intuitiv. Institutionen sind stets und immer wieder zu hinterfragen. Repräsentation wird immer Machtdenken und Elitismus befördern. Wer gehört zum Demos? Eine Frage, die mindestens dann und wann neu aufgerollt werden muss.

Man fragt sich aber zunehmend, wie etwa eine Debatte darüber, geschweige denn über andere Themen gelingen soll, wenn eines der zentralen Postulate der meisten Theoretiker:innen ist, dass wir keine universale Vernunft teilen. Wie soll demnach zwischen den Bürgern ein Austausch stattfinden, wie sollte man je zu einer Einigung gelangen? Wenn der Demos sich themenspezifisch neu konstituiert, Institutionen fast grundsätzlich als repressiv erach-

tet, zugleich Widerstand quasi zum Grundprinzip erhoben wird, aber offenbar die gemeinsame Basis zur Verständigung fehlt: Wie kann ein Austausch gelingen, ein Mitspracheanspruch begründet werden? Besteht hier nicht ein Einfallstor für Minderheitspositionen, die sich aufschwingen, den "wahren" Willen des Demos darzustellen? Fördert ein solches theoretisches Konzept nicht gerade ein Stammesdenken, wie es etwa in den politischen Auseinandersetzungen der USA oft kritisiert wird? Umso mehr, wenn der Demos sich stets neu konstituiert, aber es keine intersubjektiven Gründe gibt, wie das geschehen soll? Auch wenn Grundrechte nicht als vorpolitische, sondern als politisch hervorgebrachte Rechte verstanden werden, mag das historisch zutreffend sein, führt auf der theoretischen Ebene aber zum Umkehrschluss, dass sie auch politisch reversibel sind.

Der emanzipatorische Impuls der vielfältigen Ansätze leuchtet intuitiv ein, ebenso die Absicht, die Konflikthaftigkeit von Politik zu betonen. Doch bleibt die Sorge, dass unwillkürlich der Willkür Tür und Tor geöffnet wird: Was demokratisch ist, bestimme immer noch ich! Dass die Herausgeber bewusst darauf verzichten, "Demokratie begrifflich zu bestimmen (oder gar zu definieren)" (S. 457), räumt diese Sorge gerade nicht aus. Aber vielleicht ist es ganz gut, dass der Leser sich solche Fragen selbst beantworten muss. Es demokratisiert die Antworten - ganz im Sinne radikaldemokratischer Denker, die Demokratie als Praxis, die sich stets selbst neu hervorbringen muss und nicht auf letzte Gründe bauen kann, verstanden wissen wollen. /



Dr. Philipp Deeg Landesgeschäftsführer Baden-Württemberg.

Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Ende September erschien im Bürgerbegehrensbericht 2020 eine Zusammenfassung der Evaluation der Gemeindeordnungsreform von 2015 durch den Landesverband.

Am 14. Oktober lehnte der Landtag die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Landkreisebene ab. Eine Mehrheit war v.a. aus Gründen der Koalitionsstabilität nicht erreichbar. Der Landesverband fordert Grüne, SPD und FDP auf, die überfällige Reform zur Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung nach den Landtagswahlen im März zu machen. In derselben Sitzung beschloss der Landtag die Einführung eines inklusiven Wahlrechts, was der Landesverband befürwortet. Am 9. November verhandelte der Verfassungsgerichtshof die Klage von Die Linke, Piraten, ÖDP, Die Partei und Freie Wähler gegen das Unterschriftenguorum zur Zulassung zur Landtagswahl. Das Gericht legte eine Senkung des Quorums um mindestens 50% nahe. Dem folgte der Landtag in seiner Sitzung am 12. November. Am 16. November führte der Landesverband eine Online-Podiumsdiskussion mit den Landtagswahlkandidaten im Wahlkreis Geislingen durch, am 26. November eine weitere im Wahlkreis Pforzheim. Online-Podien in weiteren Wahlkreisen waren bei Redaktionsschluss geplant.

Ebenfalls bei Redaktionsschluss geplant war die Übergabe der Unterschriften des Online-Aufrufs "Freie Fahrt für Volksbegehren". Seit 1. Oktober ist Sarah Händel aus der Elternzeit zurück und hat wieder die Landesgeschäftsführung übernommen.

Bavern

Bayern ist erster! Zumindest was die Anzahl der Bürgerbegehren angeht. Die Einführung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene durch einen Volksentscheid hat sich nun zum 25ten Mal gejährt. Dazu haben wir einen ausführlichen Bürgerbegehrensbericht erstellt.

Eine zweite Publikation, an der wir gerade arbeiten, ist die zweite Auflage der "Klimawende von unten", die bisher auf große Resonanz gestoßen ist.

Doch auch digital tut sich einiges in Bayern. Zum einen haben sich mit Würzburg, Bamberg und München die ersten bayerischen Städte entschlossen, Consul zu nutzen. Weitere werden im Laufe des Jahres sicherlich noch folgen (siehe Artikel zu Consul auf Seite 18/19). Zum anderen haben wir in den letzten Monate erfolgreich Mitgliederabende und die LMV in der digitalen Welt abgehalten. Dies werden wir auch 2021 fortsetzen. Bei Interesse finden Sie die aktuellen Termine auf unserer Homepage, oder kontaktieren Sie uns unter: bayern@mehr-demokratie.de

Bremen/Niedersachsen

Der Landesverband Bremen/Niedersachsen hat am 7. November in seinem ersten Online-Landestreffen beschlossen, zukünftig einen Landesvorstand zu wählen. Die Wahl soll Ende Mai stattfinden, eine Teilnahme per Briefwahl wird möglich sein. Für Ende Februar planen wir einen Online-Mitgliederabend.

Hessen

Ende Oktober startete unsere Kampagne "Hessen braucht faire Bürgerbegehren'. Gemeinsam mit einem Kreis an unterstützenden zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen fordern wir eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung und den Abbau unnötiger Hürden. Mit dabei sind bislang ADFC, VCD, BUND, Naturfreunde, ZAN, GLS Bank, sowie die Radentscheide in Darmstadt, Kassel, Frankfurt, Fulda und der Klimaentscheid Frankfurt. Mehr als 1.300 Bürger:innen haben bereits unseren Aufruf an die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der Grünen unterzeichnet. Zudem haben wir Mitte November gemeinsam mit Prof. Dr. Hermann Heuβner, Ralf-Uwe Beck und einer Vertreterin der Initiative JugendWählt eine Online-Pressekonferenz abgehalten und eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre gefordert. Anlass ist ein juristisches Gutachten, wonach die Hessischen Kommunalwahlen am 14. März 2021 durch den Ausschluss von 16- und 17-Jährigen verfassungswidrig sind. Wir bleiben am Ball!

Niedersachsen

Das seit Ende April laufende Volksbegehren Artenvielfalt wurde im November beim Stand von 138.118 gültigen Unterschriften beendet, der Zulassungsantrag wurde nicht gestellt. Zuvor hatte sich das Volksbegehrens-Bündnis mit Landesregierung und Landwirtschaftsverbänden auf einen Kompromiss geeinigt. Wesentliche Forderungen wurden im November vom Landtag beschlossen und in Gesetzesform gebracht. Wir sehen das als einen Erfolg unserer Kampagne an.

Anfang November wurde bekannt, dass die Landesregierung Änderungen bei den Bürgerbegehrens-Regeln plant. So soll Krankenhausplanungen und Rettungsdienste in den Negativkatalog aufgenommen werden. Folge: Bürgerbegehren zu diesen Themen wären verboten! Das wäre bundesweit einmalig. Mehr Demokratie lehnt diese Änderung strikt ab. Weiterer Punkt ist die Einführung einer Kostenschätzung bei Bürgerbegehren. Was auf den ersten Blick vernünftig zu sein scheint, ist eine Verfahrenshürde, die Verzögerungen und Streit verursachen wird. Das zeigen Erfahrungen aus NRW und Schleswig-Holstein (s.o). Positiv: Zukünftig sollen auch die Stadt- und Gemeinderäte Bürgerentscheide beschließen können. Niedersachsen war bisher das einzige Bundesland in dem das nicht möglich war. Das ermöglicht es, alternative Vorschläge zu Bürgerbegehren zur Abstimmung zu stellen oder an Formfehgescheiterte Bürgerbegehren noch einmal aufzugreifen. Übrigens: Die grüne Landtagsfraktion hat im November einen Gesetzentwurf für Reformen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheide vorgelegt. Dieser enthält viele Vorschläge von Mehr Demokratie e. V. und zeigt, was möglich wäre.

Sachsen

Am 31, Oktober 2020 fand in der "Alten Börse" im Zentrum von Leipzig die Landesmitgliederversammlung des sächsischen Landesverbandes statt. In der Vorstandswahl wurde Roger Schaumberg als Landesvorstandssprecher wiedergewählt und Peter Böhme aus Dresden und Viktor Werner aus Langebrück neu in den Vorstand gewählt. In einem kurzen Statement übernahm der neu gewählte Vorstand die Unvereinbarkeitserklärung des Bundesverbandes Mehr Demokratie Deutschland, die die Zusammenarbeit mit der AfD oder jeglicher anderer rechtspopulistischer Organisationen ausschließt. Der neu gewählte Landesvorstand legte sich fest, auf keiner der sogenannten "Corona-Demos" aufzutreten oder sich medial in Verbindung zu den Organisatoren bringen zu lassen. Zwei Anträge hatten zum Gegenstand, den neuen Landesvorstand zu beauftragen, ausgehenden Initiative eines "Volkseinwandes", Kontakt zu der dazu gebildeten Parlamentarischen Arbeitsgruppe des Sächsischen Landtages herzustellen. Diese Kontaktaufnahme ist mittlerweile angelaufen. Der dritte Antrag, eingebracht vom Sprecher des Landesvorstandes, hatte verschiedene inhaltliche Initiativen für die weitere Entwicklung des Landesverbandes zum Gegenstand, z.B. eine Kampagne zur Gewinnung neuer Mitglieder für den sächsischen Landesverband und ein Netzwerk von "Regionalbeauftragten", um einen engen Kontakt zu den Mitgliedern und eine "flache Hierarchie" im sächsischen LV zu gewährleisten. Die Versammlung kam überein, diese Punkte in das Arbeitsprogramm des Landesvorstandes für die Entwicklung des Landesverbandes in den nächsten zwei Jahren einflieβen zu lassen.

Schleswig-Holstein

Vor "unserer" Reform der Bürgerbegehrensregelungen war zwingend vorgeschrieben, dass die Initiatoren eines Bürgerbegehrens, das den Haushalt einer Gemeinde berührte, einen Kostendeckungsvorschlag machen mussten. Das war sehr problematisch. In den Verhandlungen mit den Regierungsparteien zur Übernahme unserer Volksinitiative von 2011 für "vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen" stimmten wir daher dem Vorschlag zu, den Kostendeckungsvorschlag durch eine Kostenschätzung der Gemeinde- oder Amtsverwaltung zu ersetzen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass die neue Regelung sich regelrecht als Falle erweisen kann:

- 1. Egal, ob die von einem Bürgerbegehren verlangte Maßnahme Kosten für die Gemeinde verursacht oder gar Kosten erspart, es muss immer eine Kostenschätzung eingeholt werden.
- 2. Die Kostenschätzung ist zwingend Bestandteil der Unterschriftenliste für das Bürgerbegehren. Das bedeutet: Die Unterschriftensammlung kann erst beginnen, wenn die Kostenschätzung vorliegt.
 3. Es kommt immer wieder zu nicht nachvollziehbaren und sehr hohen Kostenschätzungen, die offenbar der Abschreckung dienen sollen.

Fazit: Die Bürger:innen müssen wissen, wofür sie unterschreiben und abstimmen und welche Kosten auf ihre Gemeinde zukommen. Aber dazu würde es völlig genügen, die Bürger:innen mit dem Informationsschreiben, das allen Abstimmungsberechtigten vor dem Bürgerentscheid zugesandt wird, über die zu erwartenden Kosten zu informieren.

Termine vor Ort

Bremen/Niedersachsen

Nächstes Landestreffen:

Wann: Samstag, 29.05.2021, 11-16 Uhr, Bremen, Etage Saal, Herdentorsteinweg, Tagesordnung und Anmeldeinformation:

www.bremen-nds.mehr-demokratie.de/ ueber-uns/landestreffen/

maintern



Förder*innen, Mitarbeiter:innen, Bürgerinnen und Bürger: Warum "gendern" wir bei Mehr Demokratie?

Liebes Mitglied, liebe Förder:in!

"Die Sprache nach gesellschaftlichen Vorstellungen zu verbiegen, ist für mich Ideologie. Sprache ist Werkzeug zur Kommunikation, und folgt auch praktischen Erwägungen. Sonderzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt und Unterstrich, oder Großschreibung im Wort lassen sich nicht sinnvoll aussprechen. Sie dienen zur Durchsetzung einer weltanschaulich-politischen Agenda. Dies ist nicht mit freier Meinungsäußerung vereinbar." (Ein Mitglied zum Thema Gendern, gekürzt, Email aus 11/2020)

Warum also gendern wir bei Mehr Demokratie? - Kurzversion: Die Bundes-Mitgliederversammlung (5/2012) hat beschlossen, "öffentliche und interne Texte bei Mehr Demokratie (...) möglichst in gendersensibler Sprache zu formulieren".

Etwas ausführlicher: Einverstanden, gendern ist umständlich! Alle, die gegenderte Texte verfassen, können ein Lied davon singen. Das Ergebnis ist unbequem(er) zu lesen und für manche provokant.

Und da liegt die Chance: Gendern schärft die Wahrnehmung. Es geht um neue Seh- und Denkgewohnheiten. Denn das vertraute generische Maskulinum ist eben nicht geschlechtsneutral. Weibliche und diverse Menschen seien selbstverständlich mit-gemeint – das klingt hohl für alle, die sich nicht gemeint fühlen.

Unser Ziel ist, dass alle Menschen ihre Stimme erheben und für sich selbst sprechen können. Daher schließen wir auch in der Sprache so viele Menschen wie möglich ein.

Gendern ist das Werkzeug dafür. Nicht die perfekte Lösung, und nicht in Beton gegossen. Aber bewusst um den Preis, uns an sprachlichen Stolpersteinen immer wieder die Füße zu stoßen.

Beste Grüße aus dem Mitgliederservice, besetzt von vier Frauen :-), im Mehr Demokratie-Bundesbüro

Kontakt: mitgliederservice@mehr-demokratie.de, Telefon 07957 92 39 050

Online-Bundesmitgliederversammlung? Challenge accepted!

Ein Bericht von Achim Wölfel

Mitgliederabende, regelmäßige Seminare zum Bürgerrat, eine Konferenz zur Zukunft der Demokratie – Coronabedingt durften wir in den vergangenen Monaten bereits vielfältige Erfahrungen mit Online-Formaten sammeln. Aber eine reine Online-Bundesmitgliederversammlung? Skepsis!

Das Tagungshaus in Kassel war schon seit eineinhalb Jahren gebucht, die Planung weit vorangeschritten. Es hätte erstmals eine Kinderbetreuung gegeben und selbst für musikalische Abendunterhaltung war bereits gesorgt. Ein ausgeklügeltes Hygienekonzept gab es natürlich auch. Doch Corona machte uns einen Strich durch die Rechnung. Da war nichts zu machen.



Also online! Knifflig dabei: Es stand die Wahl eines neuen Bundesvorstands auf der Tagesordnung. Zahlreiche Anträge wollten diskutiert und abgestimmt werden. Und dann soll so eine bundesweite Mitgliederversammlung ja auch noch die Möglichkeit für echten Austausch bieten. Offen gesprochen: Wir hatten gehörigen Respekt davor, diese Bundesmitgliederversammlung als reines Online-Format zu organisieren.

Samstag, 10:13 Uhr

Die ersten Mitglieder finden sich am "Veranstaltungsort" ein. Bevor es zum Plaudern ins Foyer geht, aber erst einmal akkreditieren. Lichtbildausweis bitte bereithalten. Eigentlich wie sonst auch. Danach gibt es eine kleine Markierung aufs digitale Namensschild. Daran erkennt man später, wer abstimmungsberechtigt ist. Unser Akkreditierungsteam hat alle Hände voll zu tun. Rund 120 Mitglieder sind schon da.

Samstag, 11:20 Uhr

Alle haben ihre Plätze eingenommen, es kann losgehen. Susanne Socher, Roman Huber und Alexander Trennheuser führen durch den Tag. Kurze Einführung in die Besonderheiten einer Online-Versammlung: Wie melde ich mich eigentlich? Ah, und so funktioniert das also mit dem Chat. Dann: Begrüßung, Formalitäten, Berichte.

Einstieg mit einem emotionalen Thema: Auf ihrem kürzlich abgehaltenen Bundesparteitag haben Bündnis 90/Die Grünen den bundesweiten Volksentscheid aus ihrem Grundsatzprogramm gestrichen. Das hat uns entsetzt und traurig gemacht. Besonders ärgerlich: Zur Begründung wurde in erster Linie der Brexit herangezogen. Ein denkbar schlechtes Beispiel für ein direktdemokratisches Verfahren. Aber: Die Entscheidung fiel knapp aus und wird für die weitere Vereinsarbeit genau analysiert werden. Eine Lehre könnte sein: Bedenkenträger:innen stärker einbeziehen, Ängste vor der direkten Demokratie umfassender ausräumen.

Interessante Entwicklungen in Sachen direkter Demokratie könnten bald von Sachsen ausgehen. Dort wird auf Initiative des CDU-Landesverbands über die Einführung des sogenannten Volkseinwandes bzw. fakultativen Referendums debattiert. Beim Volkseinwand handelt es sich um eine Kernforderung unseres Vereins. Dieser gibt Bürger:innen das letzte Wort über Gesetzentwürfe. Wie schon einmal Anfang der 90er Jahre könnte so aus den ostdeutschen Ländern ein entscheidender Impuls für den Ausbau der direkten Demokratie ausgehen.

Gut sieht es auch mit Blick auf Bürgerräte aus. Der vom Ältestenrat des Bundestags beauftrage Bürgerrat zu "Deutschlands Rolle in der Welt" steht in den Startlöchern. Mehr Demokratie hat diesen entscheidend vorangetrieben und wird auch bei der Umsetzung maßgeblich beteiligt sein. Nach dem Bürgerrat zum Thema Demokratie aus dem Jahr 2019 ist dieser bereits der zweite bundesweite Bürgerrat, der in Deutschland durchgeführt wird.

Samstag, 15:32 Uhr

Als nächstes stehen Anträge auf der Tagesordnung. Es geht heute vornehmlich ums Wahlrecht. Ein Antrag des AK Wahlrechts mit umfassenden Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit des Bundestags wird als Diskussionspapier beschlossen, ein Antrag zur Position von Mehr Demokratie zum Kinder- und Stellvertretungswahlrecht ebenfalls. Rege Antragsdebatten zeigen zweierlei: Erstens stoßen Fragen des Wahlrechts auf großes allgemeines Interesse, zweitens hält das Online-Format der Mitgliederversammlung unsere Mitglieder nicht vom munter diskutieren ab!

Samstag, 18:08 Uhr

Halbzeit! Für heute sind wir durch mit dem Programm!

Sonntag, 09:04 Uhr

Weiter geht es mit Anträgen. Zunächst insbesondere zur Rolle von Bürgerräten und deren Verhältnis zur direkten Demokratie. Die Aussprache zu einem Antrag über die Institutionalisierung von Bürgerräten zeigt das große Bedürfnis, eine gründliche Debatte zu führen. Zentrale Fragestellungen sind etwa, wer einen Bürgerrat initiieren kann und wie anschließend mit den Ergebnissen umgegangen wird. Leidenschaftlich wird auch über einen Antrag zur Kombination von Bürgerräten und bundesweiten Volksentscheiden diskutiert. Von einer Abstimmung der Anträge wird abgesehen. Die Anträge gehen zunächst zurück an den Bundesvorstand und werden bei der nächsten Mitgliederversammlung erneut auf die Tagesordnung kommen.

Sonntag, 14:12 Uhr

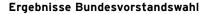
Im Laufe des Nachmittags beschließen die Mitglieder Anträge zur Positionierung für eine unabhängige Stabsstelle für Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie und die Einführung eines bundesweiten Lobbyregisters. Weiterhin sprechen sich die Mitglieder dafür aus, in Zukunft mindestens zwei Bundesmitgliederversammlungen jährlich abzuhalten. Schließlich wird der Bundesvorstand damit beauftragt, das Potenzial des Systemischen Konsensierens für den Verein zu prüfen.

Sonntag, 16:10 Uhr

Langsam neigt sich der Akku dem Ende zu. Wohlgemerkt, nicht der des Computers. Eine zweitägige Bundesmitgliederversammlung vor dem Bildschirm kann doch ganz schön anstrengend sein. Für die Teilnehmer:innen und ganz besonders für das Orga-Team, das mit seiner gründlichen Vorbereitung und der Arbeit im Hintergrund diese Mitgliederversammlung überhaupt erst möglich gemacht hat.

Viele neue Gesichter waren dieses Mal dabei. Auch Mitglieder, die schon lange im Verein sind, aus unterschiedlichen Gründen aber bislang nicht bei Mitgliederversammlungen dabei sein konnten. Hier zeigt sich vielleicht am deutlichsten das Potenzial eines Online-Formats. Davon sollten wir in Zukunft schöpfen, etwa durch eine kluge Kombination von Online- und Offline-Elementen.

Am Ende geht es mir ein bisschen so, wie es Bundesvorstandssprecher Ralf-Uwe Beck zu Beginn der Mitgliederversammlung prophezeit hatte: Ich bin froh und auch ein wenig stolz, dass wir uns auf das Wagnis eines Online-Formats eingelassen haben. Dennoch freue ich mich schon sehr darauf, wenn wir uns bald wieder persönlich treffen können!



Während Sonntagmittag auf der Mitgliederversammlung die Antragsdiskussionen noch in vollem Gange waren, begann in Bremen die Auszählung der Bundesvorstandswahlen. Um trotz Online-Format eine geheime und gleichzeitig nachvollziehbare Wahl sicherzustellen, wurde dieses Jahr eine reine Briefwahl durchgeführt. Einen entsprechenden Beschluss fassten die Mitglieder auf Antrag der Wahlleitung. Um kurz nach 19 Uhr stand das Ergebnis fest.

Ergebnis der Vorstandswahlen 2020 (in der Reihenfolge der Anzahl der Stimmen)

Person	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen	Enthaltungen	Ergebnis
Claudine Nierth	461	34	53	gewählt
Roman Huber	412	49	84	gewählt
Ralf-Uwe Beck	400	93	53	gewählt
Judith Schultz	364	66	106	gewählt
Marie Jünemann	357	104	90	gewählt
Bertram Böhm	356	55	124	gewählt
Sarah Händel	346	99	92	gewählt
Susanne Socher	332	102	109	gewählt
Karl-Martin Hentschel	315	123	97	gewählt

Eingegangene Wahlbriefe: 585 davon zurückgewiesen: 33 davon akzeptiert: 552 Leere Stimmzettel: 0 Ungültige Stimmzettel: 0 Gültige Stimmzettel: 552

Herzlich gedankt sei an dieser Stelle auch der Zählkommission für das Auszählen bis in die Abendstunden! Weiterhin wurden auf der Mitgliederversammlung die Mitglieder der Abstimmungsleitung und die Rechnungsprüfer neu gewählt. Paul Tiefenbach, Maike Schmidt-Grabia und Jan Lorenz gehören nun der Abstimmungsleitung an, Holger Schiele und Mario Wagner übernehmen die Rechnungsprüfung.

Die nächste Bundesmitgliederversammlung findet am 15. und 16. Mai 2021 statt.



















Mitteilungen der Abstimmungsleitung

Neuer Bundesvorstand gewählt, Abstimmungen über Mitgliederbegehren im Januar

Mehr Demokratie hat einen neuen Bundesvorstand, der die nächsten zwei Jahre amtieren wird. Die meisten Mitglieder des neuen gehörten allerdings auch schon dem bisherigen Bundesvorstand an. Gewählt sind (in Klammern die ja/nein-Stimmen):

Claudine Nierth (461/34)
Roman Huber (412/49)
Ralf-Uwe Beck (400/93)
Judith Schultz (364/66)
Marie Jünemann (357/104)
Bertram Böhm (356/55)
Sarah Händel (346/99)
Susanne Socher (332/102)
Karl-Martin Henschel (315/123)

Die Wahl wurde diesmal auf Beschluss des Bundesvorstandes und der Bundesmitgliederversammlung ausschließlich als Briefwahl durchgeführt. Eine Präsenzmitgliederversammlung war wegen der Corona-Schutzmaßnahmen nicht möglich. Auf der virtuellen Mitgliederversammlung die Wahl durchzuführen erschien uns nicht ausreichend sicher. Trotz reiner Briefwahl war die Wahlbeteiligung diesmal etwa doppelt so hoch wie bei der Bundesvorstandswahl vor zwei Jahren – wahrscheinlich auch eine Folge der gut besuchten virtuellen Kandidatenvorstellung, die vor der Mitgliederversammlung stattgefunden hatte. 585 Wahlbriefe sind bei uns eingegangen, 33 davon mussten allerdings aussortiert werden. Überwiegend, weil sie zu spät eingetroffen waren. Einige auch deswegen, weil der Wahlschein nicht unterschrieben war.

Zurzeit laufen im Verein zwei Mitgliederbegehren. Begehren 1 fordert, dass sich Mehr Demokratie ausdrücklich gegen Geschlechterquoten im Wahlrecht aussprechen soll. Dieses Mitgliederbegehren hatte bereits im Herbst das Quorum von 2,5 % der Mitglieder geschafft. Begehren 2 fordert im Gegensatz dazu, dass sich Mehr Demokratie für Änderungen am Wahlrecht einsetzen soll, die den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen. Inzwischen hat auch dieses Begehren das Quorum geschafft. Bis zum 14. Dezember waren 553 Unterstützungserklärungen bei uns eingegangen, nötig wären 204 gewesen.

Über beide Begehren werden die Mitglieder also mit Ja oder Nein abstimmen können. Alle Mitglieder werden dazu angeschrieben und erhalten Pro- und Contra-Argumente sowie einen Wahlschein per Post. Das Ganze läuft also ähnlich ab wie eine Briefwahl. Allerdings müssen die Unterlagen nicht beantragt werden, allen Mitgliedern werden sie ohne Aufforderung zugestellt. Wir planen die Abstimmung für Ende Januar.

Zuletzt noch Mitteilungen in eigener Sache: die Abstimmungsleitung wurde auf der virtuellen Mitgliederversammlung neu gewählt und amtiert ebenfalls zwei Jahre. Weiterhin gehören Maike Schmidt-Grabia und Paul Tiefenbach der Abstimmungsleitung an. Neu hinzugekommen ist Jan Lorenz. Und sollte jemand nicht wissen, was die Abstimmungsleitung eigentlich ist: ein dreiköpfiges Gremium aus Mitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören und die die verbandsinternen Wahlen und Urabstimmungen durchführen.

Einladung zur Bundesmitgliederversammlung

Liebe Mitglieder,

bereits jetzt möchten wir Sie auf die kommende Bundesmitgliederversammlung vom 15. bis 16. Mai 2021 hinweisen. Wir treffen uns in Kassel im Haus der Kirche.

Inhalte

Unsere kommende Versammlung steht im Zeichen eines Wahljahres: 6 Landtagswahlen und die Bundestagswahlen stehen an. Gemeinsam werden wir diskutieren, was das für unsere politische Planung bedeutet. Im Mai werden wir bereits auf den Bürgerrat "Deutschlands Rolle in der Welt" und dessen Ergebnisse zurückblicken. Die bei der vergangenen BMV begonnene Diskussion zu Verknüpfung von Bürgerrat und Direkter Demokratie wollen wir mit Ihnen fortführen.

Bitte beachten Sie außerdem, dass Satzungsänderungsanträge auf der Tagesordnung stehen.

Anträge

Bis zum 14. März 2021 können Sie die auf der nächsten Seite aufgeführte, vorläufige Tagesordnung um weitere Punkte ergänzen. Die um diese Punkte erweiterte Tagesordnung wird ebenfalls im md-magazin im April 2021 veröffentlicht. Danach können entsprechend des Vereinsrecht nur noch Anträge zu den Themen der veröffentlichten Tagesordnung gestellt werden (voraussichtlich bis zum 20. April 2021). Die Vorlage für Ihren Antrag an die Bundesmitgliederversammlung können Sie unter antrag@mehr-demokratie.de anfordern.

Anmeldung, Übernachtung und Verpflegung

Bitte melden Sie sich unter folgendem Link: www.mehr-demokratie.de/mv-anmeldung/ oder über den QR-Code auf der linken Seite an. Bei Fragen stehen wir gern per Mail unter mitgliederservice@mehr-demokratie.de oder telefonisch unter 07957-923 90 50 zur Verfügung. Übernachtungsmöglichkeiten haben wir in Nähe des Veranstaltungsortes gebucht. Die Zimmer vergeben wir nach Eingang der Buchungen unserer Mitglieder, bis das Kontingent ausgeschöpft ist.

Kosten

Die Teilnahme an der Bundesmitgliederversammlung einschließlich Verpflegung ist kostenfrei für Sie. Die Kosten für die Übernachtung geben wir in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift bekannt. Für Anreise und Übernachtung kann VOR der Mitgliederversammlung ein Kostenzuschuss von bis zu 75 Prozent (Unterbringung im Mehrbettzimmer) beantragt werden. Bitte richten Sie diese Anfrage an Alexander Trennheuser (alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de).

Für den Vorstand





Roman thes K

Roman Huber und Bertram Böhm

TAGUNGSTERMIN UND -ORT

Beginn:

Samstag, 15. Mai, 12 Uhr

Ende:

Sonntag, 16. Mai, 16 Uhr

Tagungsort:

Haus der Kirche, Wilhelmshöher Allee 330, 34131 Kassel

WEITERE ANTRÄGE

Bis zum 07. März 2021 an Mehr Demokratie e. V. Alexander Trennheuser Gürzenichstraße 21 a-c 50667 Köln Telefon: 0221-669 665 11

Fax: 0221-0221 669 665 99 antrag@mehr-demokratie.de



Tagesordnung für die Bundesmitgliederversammlung vom 15. bis 16. Mai 2021 in Kassel

- 1. Begrüßung und Formalia
- 1.1. Formalia
- 1.2. Beschluss des Protokolls der letzten BMV
- 2. Berichte
- 2.1. Berichte aus den Landesverbänden
- 2.2. Bericht des Bundesvorstands
- 3. Politisches
- 3.1. BundesweiterVolksentscheid
- 3.2. Bürgerrat Stand der Dinge und weitere Planung
- 3.3. Länderkampagnen/Landesvolksbegehren
- 3.4. Widerstand gegen die Handelsverträge
- 4. Finanzen
- 4.1. Jahresabschluss 2020
- 4.2. Bericht der Rechnungsprüfer
- 4.3. Finanzplanung 2021
- 5. Wahlen
- 5.1. Wahl des Stiftungsrates
- 6. Anträge
- 6.1. Stephan May: Satzungsänderung
- 6.1.1. Werner Wolf: Änderungsantrag zu 6.1.
- 6.2. Stephan May: Änderung §13 der Finanzordnung
- 6.3. Bundesvorstand: Satzungsänderung Virtuelle Mitgliederversammlung
- 6.3.1. Werner Wolf: Änderungsantrag zu 6.3.
- 6.4. Paul Tiefenbach, Edgar Wunder: Änderungen der Ausführungsbestimmungen für Mitgliederbegehren
- 6.4.1. Andreas Hilbert: Änderungsantrag zu 6.4.
- 6.4.2. Andreas Hilbert: Änderungsantrag zu 6.4.
- 7. Abschluss und Verschiedenes

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart

info@mitantschaidan da

Landesbüro Bayern

Schwanthalerstr. 120, 80339 München Tel: 089-462 242 05 oder 08071-597 51 20 bavernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen

Bernhardstr. 7, 28203 Bremen Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371 bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg

Mittelweg 12, 20148 Hamburg Tel. 040-317 691 00, Fax 040-317 691 028 info@mehr-demokratie-hamburg.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Hermannstr. 36, 18055 Rostock mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen

Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99 nrw@mehr-demokratie.de

Landesbüro Sachsen

Kreuzstrasse 3B, 04103 Leipzig Tel. 0163-685 69 66 sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein

Dorfstr. 2a, 24975 Husby Tel. 04634-936 76 16, Mobil 0157-522 432 20 sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen

Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt Tel. 0176-240 857 58 (Philipp Gliesing) thueringen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen

Matthias Klarebach, Dirk Oestreich vorstand@mehr-demokratie-hessen.de Felix Hoffmann (Tel. 0152-327 095 38) felix.hoffmann@mehr-demokratie.de

${\bf Ansprechpartner\ Rheinland\text{-}Pfalz}$

Franz Botens Tel. 01573-062 06 33 franz.botens@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland

Thomas Gretscher Tel. 0681-416 36 41 thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt

Oliver Wiedmann Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium

Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer

Ulrike Moser, Büro Tempelhof mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Anne Dänner, Büro Berlin Anselm Renn, Büro Berlin presse@mehr-demokratie.de

Internet

Aline Koeppen aline.koeppen@mehr-demokratie.de Stefan Padberg (Technik) webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation

Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung

Katrin Tober, Büro Bremen katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation

Frank Rehmet, Büro Hamburg frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit

Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International

Daniel Schily, Büro NRW daniel.schily@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt

Stefan Padberg stefan.padberg@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbegehren

Susanne Socher, Büro Bayern beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht

Paul Tiefenbach, Büro Bremen paul tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung

Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis dezentrale Demokratie

Karl-Martin Hentschel karl.m.hen@googlemail.com

Arbeitskreis Digitalisierung und Demokratie

Alexandra Arweiler alexandra.arweiler@mehr-demokratie.de

Beratung von Bürgerbegehren

Bei den Landesbüros oder zentral: beratung@mehr-demokratie.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof

Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92 mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80 berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)

Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92 info@mehr-demokratie.de

Redaktion

Dieter Halbach zeitschrift@mehr-demokratie.de 0176-26 95 45 59

Abonnement

18 Euro für vier Ausgaben jährlich. Für Mitglieder und Förderer von Mehr Demokratie e.V. ist der Abopreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen

Preisliste Nr. 4 vom 11.4.2012

Druck

Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH&Co.KG 100% Umweltpapier

Konto

Mehr Demokratie, BfS München IBAN: DE14 700 2050 0000 885 8105 BIC: BFSWDE33MUE

Kleingedrucktes

Nachdruck frei, Quellenangabe und Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Vereins wieder. Für unaufgefordert eingesandte Artikel kann keine Haftung übernommen werden. Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-Veröffentlichung von Leserbriefen vor

Redaktionsschluss

Für Heft 2/2021: 15.2.2021

Bildnachweis

Soweit nicht anders angegeben, stammen die Bilder dieser Ausgabe aus unserer Datenbank.

Gestaltung

Liane Haug

ME)



politikverschossen

Der Demokratie-Podcast

Wir haben einfach losgelegt: Die Zeit war reif für einen "Mehr Demokratie-Podcast". Der Gedanke dahinter: Wenn wir uns coronabedingt nicht mehr im physischen Raum treffen können, müssen wir andere Wege finden, das Gespräch über unsere Demokratie aufrecht zu erhalten.







